

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 216.

Dienstag, den 15. September 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Zur Reichsfinanzreform.

Die offiziöse „Entthüllung“ über die „Reichsfinanzreform“ ist, wie wir schon sagten, eigentlich keine Entthüllung. Sie umgibt die Sache mit einem abstrakten Nebel, wie in Fausts Studierzimmer, aber des Pudels Kern ist doch in seinen Konturen schon sichtbar: Sparjamkeit, aber beileibe nicht für Militär und Marine, da wird im Gegenteil wie bisher fortgewurstelt, es kommt sogar noch die Marine, der Luft- und Vermögensteuer hinzu. Keine Reichseinkommen- und Vermögenssteuer, dafür Ausbau der indirekten Steuern auf den Massenkonsum. Nur kleinlaut wird der Ausbau der Erbschaftsteuer angebeutet — man wird sie also nur schüchtern anfassen — und die Besteuerung „einzelner Erscheinungsformen des modernen Aufwands“ scheint auf die Gas- und Elektrizitätssteuer abzugeben. Das Weitere ist noch dunkel. Man scheute sich offenbar, mit dem vollen Steuerschrecken auf einmal herauszurücken.

Uns hat besonders der Satz in die Augen gestochen: „Versäumnisse gerade nach dieser Richtung („Massenkonsum gewisser Genussmittel“) bei uns haben nicht zum wenigsten die gegenwärtigen Mißstände hervorgerufen.“ Danach wurden dem Volke bisher viel zu kleine Indirektsteuer-Schröpfungsköpfe angelegt. Diese tugendhafte Enthaltbarkeit muß nun gut gemacht werden, so wie mancher die Versäumnisse seiner früheren Jugend im Kultus des Lasters in späteren Jahren durch um so zügellosere Ausschweifungen nachholt. Schon seit Wochen haben governemental inspirierte Blätter vorgerechnet, daß in andern Ländern dieses und jenes Genussmittel noch stärker besteuert ist als in Deutschland.

Nun gewinnt man aber ein ganz anderes Bild vom Sachverhalt, wenn man die Entwicklung der indirekten Steuern in den letzten Jahrzehnten im Verhältnis zur Entwicklung der direkten verfolgt. Nach einer Berechnung von Gerstfeld betrug 1879 die Belastung durch direkte Steuern pro Kopf der Bevölkerung:

in Rußland . . .	3,58 Mt.
in Deutschland . . .	6,26 „
in Großbritannien . . .	7,64 „
in Österreich . . .	6,91 „
in Frankreich . . .	11,90 „

Im Jahre 1906 war sie nach Zahn („Die Finanzen der Großmächte“) gestiegen:

in Rußland auf . . .	4,60 Mt.
in Deutschland auf . . .	8,18 „
in Großbritannien auf . . .	18,42 „
in Österreich auf . . .	9,99 „
in Frankreich auf . . .	12,38 „

Von Großbritannien abgesehen war also die Steigerung innerhalb des letzten Vierteljahres eine recht geringe.

Ganz anders die Entwicklung der Belastung der indirekten Steuern, Zölle und Verbrauchsabgaben. Im entsprechenden Zeitraum stieg sie pro Kopf der Bevölkerung:

in Rußland von . . .	8,08 Mt.	auf 19,29 Mt.
in Deutschland von . . .	7,15 „	26,52 „
in Großbritannien von . . .	26,07 „	48,66 „
in Österreich von . . .	10,29 „	29,27 „
in Frankreich von . . .	27,02 „	50,81 „

Aus dieser Zusammenstellung zieht die „Sozialpolitische Rundschau“ den Schluß, daß die allernachteiligste Entwicklung nach dieser Richtung Deutschland aufzuweisen hat, wo fast eine Verdoppelung der indirekten Steuerbelastung stattgefunden hat.

Unterzieht man weiter das Verhältnis der Einnahmen aus direkten und aus indirekten Steuern an den Gesamteinnahmen in den einzelnen Großstaaten einer Vergleichung, so ergibt sich, daß, Rußland ausgenommen, in Deutschland die direkten Steuern den geringsten, die indirekten aber den größten Anteil an den Staatseinnahmen haben. Das Deutsche Reich hat bekanntlich keine Einnahmen aus direkten Steuern, an seine Stelle treten die Bundesstaaten, die 10,77 Proz. der Gesamteinnahmen aufbringen. Dagegen bezieht Österreich-Ungarn 14,9 Proz. seiner Gesamteinnahmen aus direkten Steuern, Frankreich 16,39 Proz., England 18,84 Proz., Italien sogar 28,30 Prozent und selbst Japan 15,9 Proz. — Demgegenüber machen in Deutschland die indirekten Steuern 43 Proz. der Gesamteinnahmen aus. Abgesehen von den Vereinigten Staaten, wo aber allerlei andere wirtschaftliche Momente in Betracht kommen, hat nur Frankreich einen etwas höheren Anteil mit 43,5 Proz. Dort aber geht die Gesetzgebung bekanntlich nun sehr ernsthaft an die Ein-

führung der Einkommensteuer. „Die Einkommensteuer“, sagte kürzlich der Finanzminister Cail্লাug zu Md. Brisson, „gehört notwendig zur großen demokratischen Strömung, sie ist die Gerechtigkeit, die zuletzt immer recht behält.“

Man ersieht aus den vorstehenden Ziffern, wie stark in Deutschland der Anteil der indirekten Steuern an der Gesamteinnahme ist und wie hoch er denjenigen in den anderen Staaten übersteigt. Sie zeigen greifbar, wie unverhältnismäßig bei uns die Schultern der wirtschaftlich Schwachen im Vergleich zu denen der Wohlhabenden und Reichen belastet sind und daß es eine unverkennbare Forderung der Gerechtigkeit ist, für den Bedarf der Reichsfinanzreform vorwiegend direkte Steuern aus Einkommen und Vermögen, und daneben aus Erbschaften, in Anspruch zu nehmen.

Auch Schippel hebt in den „Soz. M.“ hervor, wie stark in Deutschland die direkten Steuern hinter denen anderer Staaten zurückbleiben. In England z. B. bringt die Einkommens- und Vermögenssteuer fast 640 Millionen Mark ein; wogegen sämtliche allgemeinen Einkommenssteuern der deutschen Einzelstaaten nur knapp 372 Millionen Mark ertrugen, woran sich bloß noch 47 Millionen Mark Ergänzungssteuern, 15½ Millionen Kapitalrentensteuern und 7 Millionen spezielle Einkommenssteuern anreihen.

Die hartnäckige Weigerung gegen die Deckung des Reichsbedarfs mit direkten Steuern und die Ankündigung weiterer Massenkonsumsteuern muß darum die bereits hochgradige Erbitterung des Volkes gegen den Büllokurs noch ganz beträchtlich steigern.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Juristentag im Dienste der Klassenjustiz.

Der diesjährige Juristentag beschäftigte sich u. a. auch mit den zivilrechtlichen Folgen der Boykottklärung. Man kennt ja die Zweispaltigkeit der Rechtsprechung auf diesem Gebiete. Während sich das Reichsgericht wiederholt auf den Standpunkt stellte, daß der Boykott ein durchaus erlaubtes Kampfmittel sei, das sich notwendig aus den modernen wirtschaftlichen Beziehungen ergebe, ist wiederholt und mit Erfolg versucht worden, Arbeiterorganisationen wegen einer Verurteilung materiell haftbar zu machen. Einzelne Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches, so § 826, der „jedem illoyale, auf Schädigung fremder Rechtsgüter gerichtete Verhalten“ unter Strafe stellt, und § 823, 1, der das „Recht des freien und ungestörten Erwerbs“ schützt, haben Unternehmern wiederholt die Handhabe zu Entschädigungsklagen bieten müssen. Bei der ganzen rechtlichen Behandlung des Boykotts zeigte sich die Klassenjustiz in ihrer ganzen Größe. Das Schwarze-Listensystem der Unternehmer, der Militärboykott, der wilde Boykottkampf, der von den Kartellen gegen wirtschaftlich schwächere Outsiders eröffnet wird — das sind in unserem „Rechts“staate selbstverständliche Dinge, an denen kein Staatsanwalt ein Häkchen zum Anklamern findet. Daß sich aber auf dem Juristentage unter den Gutachtern zu dem Boykottthema einer finden würde, dem der gegenwärtige Zustand nicht reaktionär genug ist, hatte man denn doch nicht erwartet. Der Kammergerichtsrat Dr. Pape-Berlin hat das schier Unmögliche möglich gemacht. Sein Gutachten liest sich wie ein Artikel in der „Arbeitgeber-Zeitung“:

Er erklärt in Übereinstimmung mit einem Beschluß der Gesellschaft für soziale Reformen den Boykott für ein gefährliches Kampfmittel, das keineswegs unentbehrlich sei. Er glaubt vielmehr in dem Boykott einen Krebsbuben unseres Wirtschaftslebens zu erblicken, der bereits einen bedrohlichen Umfang angenommen hat. Im Gegensatz zur Rechtsprechung des Reichsgerichts, der zufolge der Boykott an sich nicht verwerflich und auch die Anrufung weiterer Bevölkerungskreise durch die Presse erlaubt ist, wenn nicht wahrheitswidrige Angaben gemacht oder durch allgemeine Schlagworte gehegt wird, glaubt daher der Gutachter, jedem Boykottierten Klage auf Schadensersatz und Unterlassung gegen den Boykottierenden geben zu sollen. Unter dieses Boykottverbot fallen nach seiner Auffassung auch die Aufrorderungen der Handwerkervereine, nicht in Warenhäusern zu kaufen, selbst wenn die Warenhäuser in einer moralisch und wirtschaftlich verwerflichen Weise schleudern. Er glaubt erscheint ihm der Boykott nur als Begleiterscheinung eines Streiks, als Militärboykott, weil dieser ein Ausfluß militärischer Kommandogewalt sei, und in der Form der schwarzen Listen, wenn bei diesen nicht die ausdrückliche Aufforderung hinzugesetzt werde, den Mann zu boykottieren, sondern nur mitgeteilt werde, was er getan und wozu er entlassen worden sei. Eine Änderung der Gesetzgebung sei also nicht vorzuziehen; eine energische Rechtsprechung könne schon jetzt die tüchtige Waffe des Boykotts unschädlich machen.

Hoffentlich finden wir den Herrn Kammergerichtsrat bald dort, wo er hingehört: in der Leitung des Zentral-

verbandes der deutschen Industriellen. Die glorreiche Verteidigung der schwarzen Listen oder vielmehr der Hinweis, wie sie in noch verfeinerter Form durchzuführen seien, hat ihn vollständig dazu qualifiziert. Im übrigen ist sein Gutachten auch dafür interessant, wie ein Kammergerichtsrat in gewissen Fällen die Entscheidungen des Reichsgerichts schätzt. Das Interessanteste aber war, daß Herr Dr. Pape noch in der Versammlung Verteidiger erstanden: der österreichische Gutachter Dr. Ettinger bezeichnete zwar seine Auffassung als einen „Rückfall in das Zeitalter der verschleierten Leibeigenschaft und der patriarchalischen Ordnung der wirtschaftlichen und sozialen Dinge“, aber Prof. Dr. Mann-Erlangen trat dafür ein, man müsse für „Rechtswidrigkeiten“ die Arbeiterorganisationen voll haftbar machen. Auch noch ein anderer Richter, der Oberlandesgerichtsrat Dr. Lobe-Dresden, bekannte sich als Referent zu der Auffassung Papes. Nach längerer Debatte wurde schließlich ein Antrag des Freiburger Professors Dr. Rosin angenommen, in dem es heißt:

Die zivilrechtlichen Voraussetzungen und Folgen un-erlaubter Verurteilungen beseitigen sich im allgemeinen nach § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Der Juristentag hat das Vertrauen zur Rechtsprechung, daß sie wie bisher auch weiterhin es verstehen wird, auf der Grundlage dieser Bestimmungen die Interessen der Gewerbetreibenden und Arbeiter zu wahren. In diesem Sinne hält der Juristentag eine Änderung der Gesetzgebung nicht für geboten.

Glorreicher konnte das Spiel nicht enden. Denn nach den Ansichten, die überaus einflußreiche Herren über eine Verschärfung des Boykottrechts zuungunsten der Arbeiterklasse vom Stapel ließen, werden sich wohl selbst deutsche Professoren darüber klar sein, daß ihr papiernes Resolutionsdöckchen im gegebenen Augenblick lustig in die Winde flattert. Für die Gegenwart hingegen kann der Juristentag das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, die Richter noch deutlicher auf die bekannten Kaufschukparagrafen des Bürgerlichen Gesetzbuches aufmerksam gemacht zu haben. Wer das bald zu spüren haben wird, ist nicht schwer zu erraten.

Den Grund der Steuergeheimnisfrämerei

vermag die „Kreuzzeitung“ mitzuteilen, sie sagt: „Wer sich daran erinnert, wie vor zwei Jahren die frühzeitige Bekanntmachung der damaligen Steuerpläne der Regierung zu einer Agitation gegen jede einzelne Steuer geführt hat, und wie die von den Steuern zunächst betroffenen Kreise versuchten, gegen jede einzelne Steuer einzumachen, sie als höchst ungerecht, für verderblich usw. hinzustellen und so weitere Kreise gegen sie aufzuwiegeln, muß sich freuen, daß infolge der jetzt von der Regierung geübten Zurückhaltung die Zeit für diese Agitation möglichst gekürzt wird.“

Hier haben wir das offene Zugeständnis, daß es in der Tat auf eine Uerrumpelung des Volkes abgesehen ist.

Preussisches Eisenbahndefizit.

Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, sollen die Einnahmen der preussisch-hessischen Staatsbahnen einen Einnahmeausfall von 70 Millionen Mark gegenüber dem Vorschlag haben. Vor allem die Tarifreform und die Fahrkartensteuer haben, durch die Abwanderung der Reisenden in die niederen Wagenklassen diese Mindereinnahmen bewirkt. Die Kritik der Sozialdemokratie gerade an diesen Gesetzesvorlagen traf also doch wieder den Nagel auf den Kopf. Bei der neuen Finanzreform will die Regierung deshalb so gern wieder auf die Fahrkartensteuer verzichten.

Freisinn und Sparsamkeit im Reich.

Die „Freisinnige Zeitung“ sagt in einer Betrachtung über die Finanzreform:

„Die fortwährenden Ausgaben des Deutschen Reiches sind von rund 286 Millionen in 1872 auf 2167 Millionen in 1908 gestiegen, und obwohl die Einnahmen während dieser Zeit ganz gewaltig erhöht worden sind, ist die Schuldensumme in dieser Zeit auf 4½ Milliarden gewachsen. So kann es nicht weiter gehen. Wenn nicht schwere Krisen heraufbeschworen werden sollen, dann muß von dem bis jetzt beliebten System abgegangen werden, das darin bestand, unbefürmert um die Deckung Ausgaben zu machen, und es nachher dem Reichsschatzsekretär und dem Reichstag zu überlassen, ob und wie dafür Einnahmen gefunden werden können. Vielmehr muß oberstes Prinzip jetzt sein, sich nach der Decke zu strecken und die Höhe der Ausgaben nach der Höhe der Einnahmen zu richten.“

Das „führende“ Organ des Freisinns scheint garnicht zu wissen, daß der Freisinn mitgeholfen hat, das Reich in die finanzielle Kalamität zu bringen.

Mehr Ruhe in der Sozialpolitik

empfiehlt die scharfmacherische „Post“ mit dem Hinweis auf die schwierige Lage der Reichsfinanzen. Das Blatt schließt seinen Artikel mit den Sätzen:

Es wäre unklar in einer Zeit, in der so bedeutende Anforderungen an den Säckel der Steuerzahler gestellt werden, wie in den kommenden Jahren, mit neuen kostspieligen sozialpolitischen Vorstößen und Projekten hervorzutreten. Erst müssen sich die finanziellen Verhältnisse im Reich und in den einzelnen Staatsbetrieben ebenso wohl wie in den Privatbetrieben wieder konsolidiert haben, ehe der weitere Ausbau unserer Sozialpolitik — abgesehen von der dringenden Neugestaltung der Krankenkassen — befürwortet werden kann. Und auch dann empfiehlt es sich dringend, mit mehr Ruhe und Überlegung vorzugehen, als dies bisweilen in den vergangenen Jahren geschehen ist.

Bethman-Hollweg weiß also jetzt, was er zu tun hat. Die Scharfmacher wünschen lediglich die Erdrückung der Selbstverwaltung der Krankenkassen, sonst aber nicht den leibhaftigen Fortschritt auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Der Staatssekretär, der so stolz darauf ist, mit den Buedenleuten Frieden geschlossen zu haben, wird diese Wünsche gewiß würdigen.

#### Das Zentrum kann auch anders.

Nach vor einigen Tagen hat die Presse des Zentrums brisik erklärt, daß von einem Zusammengehen mit dem Reichskanzler nie und nimmermehr die Rede sein könne, denn er habe die edlen Zentrumsseelen zu sehr gekränkt. Dieser Schreckschuß hatte nicht die erhoffte Wirkung, denn aus dem offiziellen Blätterwalde hallte es zurück, daß man auch ohne die Hilfe des Zentrums auszukommen gedenke. In geschickter Weise war dem Freisinn unter die Nase gerieben worden, daß er zur Bedeutungslosigkeit herabsinken werde, wenn er sich vom Block trenne, und der regierungstreu gewordene Freisinn versicherte denn auch sofort, daß er alles schlucken werde, was ihm die Regierung servierte, wenn nur dem Liberalismus wenigstens gewisse Hoffnungen gemacht werden. Der Abgeordnete Erzberger stieß nun einen Pflock zurück, er erklärte im „Tag“, daß das Zentrum schon zufrieden sei, wenn es einen Sitz im Präsidium des Reichstages erhalte. In diesem Falle hätte der Freisinn aus dem Präsidium ausscheiden müssen, das wäre aber eine Brückierung in schroffster Form gewesen, die ihm seine Blockbrüder doch nicht gut antun konnten. Weil nun auch mit dem Sitz im Präsidium nichts wird, gibt's das Zentrum noch billiger. Die „Köln. Volkszeitung“ erklärt nämlich:

„Dem Fürsten Bülow müßte gesundes Mißtrauen entgegengebracht werden. Daraus folgt aber nicht, daß wir nach einem etwaigen Scheitern des Blocks, was übrigens für diese Legislaturperiode sicher nicht zu erwarten ist, den Rücktritt des Fürsten Bülow zu fordern hätten. Er hat sein Amt nicht aus den Händen der Zentrumsparlei; die Krone hat darüber zu entscheiden, und sie wird darüber weder die Interessen des Zentrums noch des Liberalismus, sondern die Interessen des Reiches entscheiden lassen. Es ist dann Sache des Fürsten Bülow, wenn er im Amte bleibt, zu sehen, wie er fertig wird. Treibt er eine Politik, die das Zentrum aus tatsächlichen Gründen unterstützen muß, so ist in der Tat nicht einzusehen, wie das Zentrum dann an ihm „Rache“ nehmen sollte; denn das Zentrum pflegt keine Stellung aus tatsächlichen, nicht aus persönlichen Gründen zu nehmen.“

Das ist eine vollendete Kapitulation vor Bülow und dem Block. Das Zentrum ist es nicht mehr gewöhnt, Opposition zu machen, es wird also die Politik Bülows unterstützen. Damit entsteht allerdings die Gefahr, daß die Blockparteien sich im Entgegenkommen gegenüber der Regierung gegenseitig überbieten werden und es kann dann kommen, daß dem Freisinn, als dem „armen Leutchen“ unter den Blockbrüdern die Puzze ausgeht.

#### Ein selbstverständliches Dementi.

Vor einigen Tagen ist die Meldung aufgetaucht, daß bei der Regierung die Absicht bestehe, das billige Ortsporto wieder einzuführen. Diese Meldung wird vom Reichspostamt — wie nicht anders zu erwarten war — kategorisch dementiert. Das war zu erwarten, denn Kräfte und Fortschritt passen zusammen, wie die Faust aufs Auge.

#### Vom Patriotismus.

Der deutsche Kaiser hat sich kürzlich in Elß-Lothringen aufgehalten und dabei auch die französische Grenze berührt. Aus diesem Anlaß finden wir in hiesigen Blättern folgende Erinnerung aus alten Zeiten:

Überall wird an den Zufall erinnert, der Wilhelm II. in das gleiche Haus führte, in dem vor 50 Jahren Napoleon III. von Moritz Hartmann, dem Vater des jetzigen Besitzers, empfangen wurde. Damals begleitete den Kaiser der Franzose sein Kammerherr Jörn v. Bulach, dessen Sohn diesmal als Unterstaatssekretär von Elß-Lothringen bei Wilhelm II. weilte.

Wieder ein niedliches Pröckchen davon, wie die besitzenden Klassen den Patriotismus auffassen. Jörn, der Vater, war Kammerherr Napoleons und, wie sich ganz von selbst versteht, glühender französischer Patriot. Da es aber dem französischen Vaterland 1870 schlecht erging, so wurde Jörn, der Sohn, hoher Beamter im Lande des deutschen „Erbschindes“ und ist jetzt, wie sich ebenfalls von selbst versteht, glühender deutscher Patriot.

#### Marokko.

Die marokkanischen Wirren. Der französische Botschafter und nach ihm der spanische Geschäftsträger überreichten mittags im Anwesenden Amt in Berlin dem stellvertretenden Staatssekretär eine identische Note über die Frage der Anerkennung Mulay Hafids. Der „Köln.“ bestätigt, daß die französisch-spanische Note die Anerkennung Mulay Hafids in Vorschlag bringe, wenn er die von Abdal Afis eingegangenen Verbindlichkeiten übernehme, und daß sie von Mulay Hafid jedere, für Abdal Afis angemessen zu sorgen. Frankreich behalte sich vor, die Entschädigungsfrage unmittelbar zu regeln. Ein Schreiben Mulay Hafids an das diplomatische Korps in Tanger befragt, er erörtere die von seinem Vorgänger eingegangenen Verpflichtungen, insbesondere die Akte von Algeiras an und bitte um Anerkennung seitens der Mächte und rechne zur Durchführung der in der Akte vorgesehenen Reformen auf ihre Unterstützung. Nach einem Telegramm der „Köln. Ztg.“ aus Tanger fanden in

Mogador bei der Ausrufung Mulay Hafids große Kundgebungen statt. Dem „Eclair“ wird aus Tanger gemeldet, daß die Proklamation Mulay Hafids in Mogador hauptsächlich dem Einschreiten des spanischen Gesandten zuzuschreiben sei.

## Zur oldenburgischen Landtagswahl

Die Wahlmännerwahlen finden statt am

Donnerstag, den 17. September:

Putin (Stadt): von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags im Rathaus.

Malente: von 5—7 Uhr in Krohns Gasthof.

West-Flatekau: von 3—6 Uhr im Lokale des Herrn Nau in Tschau.

Neukirchen: von 4—6 Uhr nachmittags in Jacobsens Gasthaus zu Malkow.

Gemeinde Siblin: von 4—6 Uhr in Berlins Gasthaus in Bahnhof Gleisdorf.

Altrade-Obermühle: von 5—7 Uhr in Klüwers Gasthof in Obermühle.

Freitag, den 18. September:

Schwartau: von 4—7 Uhr in Heuers Hotel.

Stoßendorf: von 4—7½ Uhr im Restaurant „Brauerei Fackenburg“.

Gemeinde Nedingsdorf: von 4—6 Uhr in Hing Gasthof in Bujendorf.

Wojau: von 4—6 Uhr in Lübkers Gasthaus in Hujfeldt.

Gemeinde Gleisdorf: von 4—6 Uhr in Paetans Gasthof in Schulendorf.

Sonnabend, den 19. September:

Neufeld: von 5—7 Uhr in der Halle des Gastwirts Lampe zu Parmer Berg.

Putin (Land): von 4—6 Uhr in Böhmers Gasthaus in Neudorf.

Ahrensböf (Flecken): von 5—7 Uhr im Hotel „Stadt Hamburg“.

Ahrensböf (Landgemeinde): von 3—5 Uhr im Lokale des Herrn Seß, Steindamm.

Gurau: von 5½—7½ Uhr im Lokale des Herrn Willton

Süfel: von 4—6 Uhr in Halpaps Gasthaus zu Süfel.

Gniffau: von 4—6 Uhr im Gniffauer Heckaten.

Gemeinde Ost-Flatekau von 5—8 Uhr in Warnsdorf beim Gastwirt Rode.

Landtagswähler! Benutzt die wenigen Tage bis zur Wahl zur regen Propaganda für die Wahl sozialdemokratischer Wahlmänner!

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 15. September.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über nachfolgende Bauten, ausgeführt von der Firma Görner u. Heidenreich, die Sperre verhängt: Fünfhäusen, Grühmühle, Hafensstraße, Sielbau Markt, Kaitenhof bei Schwartau. Als Akkordanten fungieren F. Mädel, Krempelsdorfer Chaussee und Gab's, Werberstraße.

Achtung Bauarbeiter! über die Sielbauarbeiten in der Nachstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinnehaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Mädel und F. Gab's im Fünfhäusen und über den Bau Hafensstraße (Grühmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Achtung Schuhmacher! über die Schuhwaren-Reparaturwerkstätten von Peter Bernhardt, Fürterdamm 10, sowie H. Dettmann, Königstraße 24, ist wegen Nichtanerkennung unserer Organisation die Sperre verhängt worden. Die Arbeiterschaft Lübecks wird ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

Die Beerdigung des verstorbenen Genossen Ad. Stoff fand gestern unter zahlreicher Beteiligung statt. Der sozialdemokratische Verein und viele andere Korporationen, denen der Entschlafene als Mitglied angehört hatte, spendeten prächtige Kränze. Am Grabe hielt Genosse P. Löwig als Vorsitzender der Partei eine Ansprache, in der er besonders des Wirkens des Verstorbenen für die Lübecker Arbeiterschaft gedachte.

Ein betrübender Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittags gegen 5 Uhr auf dem im hiesigen Hafen für die Firma L. Roskehl u. Co. mit Kohlen eingetroffenen Dampfer „Calmarische“. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Entgegen der im hiesigen Hafen gebräuchlichen Ordnung, daß von der Besatzung die nötigen Löschvorrichtungen eingerichtet werden, weigerte sich die Besatzung des Schiffes, dieses zu tun. Um nun die Arbeit zu fördern (es wurde wieder in Akkord gearbeitet), stieg der Schauer- mann Heinrich Höpner, wohnhaft Fischergarbe, nach oben zur Kaa der großen Luke einen Krammer einzuklimmen. Hierbei verlor er das Gleichgewicht und stürzte ca. 30 Fuß hinab. Schwerverletzt mußte der Mann mittelst Sanitätswagens in seine Wohnung geschafft werden. Hierbei zeigt sich wiederum, wie notwendig für Lübeck eine sachgemäße Überwachung des Hafens ist. Die Besatzungen fremder Fahrzeuge wissen oftmals nicht, wie hier die Vorschriften für den Löschbetrieb lauten. Daher kommt es vor, daß man Arbeiter, die mit dem Anbringen der Löschvorrichtungen nicht vertraut, resp. wenn ehemalige Seeleute diesen Arbeiten entwöhnt sind, dazu verwendet. Eine Folge sind die vielen Unfälle. Es ist dringend erforderlich, daß sich auch die hiesige Stadtverwaltung endlich mit der Anstellung eines Hafens-Inspektors befaßt. Die Notwendigkeit für eine solche Einrichtung ergibt sich aus dem immer mehr überhandnehmenden Unfällen, die zum weitesten Teil auf das Hasten und Treiben bei der Arbeit und auf die oftmals recht mangelhaften Lösch- und Ladevorrichtungen zurückzuführen sind. Ein weiterer Grund für das Einschreiten der gesetzgebenden Körperschaft ist der, daß die Hafenmeistergehälter und auch der Hafenmeister selbst keine Nachtbezüge haben, diesen Mißständen entgegenzuwirken. Vorstellungen seitens der Organisation der Hafenarbeiter haben bis jetzt nichts gefruchtet, da bei der Abstellung dieser Mißstände der Profit der Reeder gefährdet werden

könnte. Im letzten halben Jahre sind allein bei der Speiditionsfirma Lübeck u. Stange viele Unfälle vorgekommen, die alle auf das Konto der vorstehend angeführten Besatzungen zurückzuführen sind. Es werden sehr viele Verordnungen und Vorschriften erlassen; alles wird überwacht, nur die Arbeit im Hafen nicht. Hier fehlt es am Notwendigsten, zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter am Hafen beim Erwerb ihres Lebensunterhaltes wird so gut wie nichts getan. Also wo bleibt die Behörde, die befugt und verpflichtet ist, Leben und Gesundheit der Hafenarbeiter zu sichern? Eine solche tut bitter not!

s. Eine Sausagitation veranstalteten die organisierten Bäcker in der vergangenen Woche bei den hiesigen Bäckermeistern. Überall wurde ihnen anstandslos Einlaß zu den bei den Bäckermeistern beschäftigten Gesellen gewährt; nur bei uns schon längst als recht dorb bekannte Bäckermeister Müller in der oberen Schwartauer Allee glaubte natürlich wieder eine Ausnahme machen zu müssen. So höflich wie man bei ihm anfragt, die Gesellen sprechen zu dürfen, so recht unhöflich wurde man zur Tür hinausgewiesen. Und doch verkauft Bäckermeister Müller sein Brot hauptsächlich nur an Arbeiterkundschaft. Zu bedauern ist weiter, daß viele Gesellen nicht zur Einsicht kommen und das Kost- und Logiswesen beim Meister abschaffen; dann bräuchten sie sich nicht mehr von den Herren Meistern bevormunden lassen.

Bauarbeiter-Mißfall. Gestern nachmittag ereignete sich ein schwerer Unglücksfall beim Sielbau am Mollteplatz, indem dort eine Betonröhre in den Schacht hineinfiel und einen Mann begrub. Derselbe erlitt schwere innere Verletzungen, so daß er sofort per Krankenwagen forttransportiert wurde. Wie uns in letzter Stunde mitgeteilt wird, ist der Verunglückte, der Oberfeldt heißt und Pelzerstraße 12 wohnt, leider keinen Verletzungen erlegen.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
  - 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
  - 3) Melde-Papier.
  - 4) Anmeldebchein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist, eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbstständigen Handwerkern):
  - 5) Gewerbe-Anmeldebchein.
  - 6) Innungsmitgliedschein.
- Ist der Antragsteller verheiratet, so sind außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:
- 7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährige Kinder.
  - 8) Geburtschein der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältlich Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des Lübeckischen Staates werden, der mindestens in fünf einander folgenden Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich Steuern bezahlt hat.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Wertags in der Zeit von 9—1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Register wird eine Gebühr berechnet.

Vom Steuerbureau ist eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt worden sind.

Frei-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 14. Septbr., morg. 6 Uhr: Wasser 11½, Luft 9; 10 Uhr: Wasser 12, Luft 13; mittags 12 Uhr: Wasser 12, Luft 14; abends 6 Uhr: Wasser 12, Luft 12 Grad Celsius.

pb. Großfeuer. In der Nacht von Sonntag auf Montag brannte das Wohnhaus und die mit Wintervorräten gefüllte Scheune des Schmiedemeisters Gensch in Wulfsdorf vollständig nieder. Nach den bisherigen Ermittlungen dürfte Brandstiftung vorliegen.

pb. Festgenommen wurde ein Heizer auf dem Dampfer „Zar“, der von der Staatsanwaltschaft in Breslau steckbrieflich verfolgt wurde.

Stoßendorf. Eine Parteiführung, zu der auch die Bezirksführer geladen sind, findet morgen, Mittwoch abend 8½ Uhr, bei Paetau statt.

Altrade. Die Wahlmännerwahlen zum Landtage finden nicht, wie von uns irrümllicherweise mitgeteilt wurde, am Freitag, sondern bereits am Donnerstag, den 17. September, nachmittags von 5—7 Uhr statt.

Gniffau. Vom Blitz getroffen und getötet wurde bei einem kurzen Gewitter am Freitag abend der 21-jährige Knecht Peter Göttsche des Hofbesizers Siever in Westerhorn bei Dauenhof. Der Knecht war auf dem Felde mit Eggen beschäftigt, als ein Blitzstrahl herniederfuhr und ihn auf der Stelle tötete. Die Leiche wies außer einem kleinen schwarzen Fleck am Beine keine besonderen Merkmale auf. Das Zeug der Hoje war verjengt. Die vor der Egge gehenden beiden Pferde fielen zu Boden; das eine kam bald wieder hoch, während das andere längere Zeit wie leblos an der Erde liegen blieb und sich erst später erholt; ebenfalls wurde der in der Nähe arbeitende Helfer betäubt. Der getötete Knecht stammt aus Rummstedt bei Wilsfel.

Kiel. Die Aufdeckung der Unterschleife auf der Werft zieht immer noch weitere Kreise. Es wird immer klarer, so berichten bürgerliche Blätter, daß sich ein ganzes Konfinkorium von Alt- und Großhändlern zu unredlichem Tun vereinigt hatte. Auch Bestechungen kommen jetzt mehr und mehr ans Licht. So werden neuerdings zwei Sekretäre beschuldigt, Großhändler Falkenthal und Genossen Submissionsangebote auf Altmaterial verraten zu haben. Daß Falkenthal auf Antrag der Verteidigung öfters aus der Untersuchungsanstalt entlassen, nach neueren Ermittlungen aber immer wieder festgenommen wurde, ist bekannt. Jetzt sind andere Personen festgestellt, die an seiner Entlassung Interesse hatten und deshalb Beamte zu bestechen versuchten. Auf Grund eines Haftbefehls aus Kiel wurde daraufhin in der Kleifstraße in Berlin ein Kaufmann Fischel verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Er soll versucht haben, einen der revidierten Sekretäre zu bestechen. Wie ferner verlautet, soll der verhaftete Verleumdungs-Str. dem mit der Revision der Frankenthal'schen Geschäftsbücher beauftragten Sekretär 3000—4000 M. geboten haben, wenn in den Büchern nichts Belastendes gefunden würde. Der Be-



# Die bedeutenden Preisrückgänge

Man beachte diese Bekanntmachung!

für verschiedene Rohprodukte und sehr günstige Abschlüsse mit meinen Lieferanten veranlassen mich, diverse Artikel im Preise herabzusetzen. Besonders berührt werden davon:  
Wollgarne jetzt das Pfund von 1.95 Mk. an  
Flanelle jetzt per Meter von 95 Pfg. an (krumpfrei)  
Trikotagen jetzt ca. 10 Prozent billiger.  
Hemdentuche jetzt per Meter von 22 Pfg. an  
Kleiderstoffe u. Bettartikel jetzt ca. 8-12 Prozent billiger.

Otto Albers, Markt 4. Kohlmarkt 10.  
Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

Für die uns bei der Beerdigung unseres lieben Entschlafenen in so überaus reichem Masse bewiesene Teilnahme danken herzlichst

**Frau M. Stoll,**

geb. Schlobohm,  
nebst Angehörigen.

Freund Hermann Holst ein 1 faches und seiner Verlobten Erna ein 2 faches donnerndes Hoch. Ob he sic mol wat marlen lött.

Gesucht zum 1. Januar ein fl. Laden mit Wohnung Off. u. H 20 an die Exp. d. Bl.

Gesucht zum 1. Januar eine Dreistubenwohnung in der Stadt oder Südfertor. Off. mit Breisana. u. P E an die Exped.

Gesucht zum 1. Januar von kleiner Familie (3 Personen) eine Zweistubenwohnung im Preise von 200 Mk. in der Nähe der Carlstraße. Off. u. A 42 an die Exp. d. Bl.

Gesucht 1 Sanftmädchen Carlstr. Nr. 1.

Gastwirtschaft zu pachten oder zu kaufen gesucht. Ausführliche Angebote über Umsatz usw. erbitte unter R 99 an die Exped. d. Bl.

Zu kaufen gesucht ein Presemming, 4 m breit, 5-6 m lang. Ang. u. A 64 an die Exp. d. Bl.

Gebrauchte Schuhmacher- u. Trittnähmaschinen billig zu verkaufen. Näh. Weissenbofstr. 26, 1.

Fahrrad, gut erhalten, umständehalber billig zu verkaufen Wafenmauer 3a. Feliael, H.

Starkes Herren-Fahrrad zu verkaufen, 25 Mk. Altendornstraße 19.

Zu verkaufen ein großes Geflügelhaus für ca. 40 Vögel preiswert Fischergarube 25, pt.

Ausverkauf in Sommer-Schuhwaren zu billigsten Preisen, sowie sämtliche besseren Herren-, Damen- und Kinderstiefel billig.

**Ehrenfried Lüdemann**  
Meierstraße 29.  
Reparatur-Werkstatt - Handarbeit.

**Fahrrad-Reparatur-Werkstätte.**  
Alle Fabrikate werden fachgemäß und billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Emailieren, Vernickeln billig und gut.

**Carl Heynert, Lübeck**  
Moislinger Allee 6a. Fernspr. 1272.

Herren-Sohlen und Abfüße 2.70 Mk.  
Damen-Sohlen und Abfüße 1.80 Mk.  
Kinder-Sohlen und Abfüße v. 1.00 Mk. an

**J. Vob, Süßstraße 90.**  
Fette Damwildrippen, à Pfd. 50 Pfg.  
in Kohl, kräftiger wie Hammelfleisch.  
empfehlend **Frd. Holst, Fleischhauerstr. 8.**

**Beerdigungs-Institut Gebr. Müfer**  
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.  
**Uebernahme ganzer Beerdigungen.**  
Grüßtes Lager in Särgen, Grabstücken, Metall-, Perl- und Blattkränzen.  
Einkleidungen jeder Art. \* \* \* \* \* Billigste Preise.

**Der technische Fachschulunter-**  
**richt** ist bis ins kleinste nachgeahmt in den techn. Selbstunterrichtswerken:  
Maschinenbauschule, Hoch- u. Tiefbauschule, Bergschule, Elektrotechnische Schule, Schlosserschule, Tischler- u. Drechsler- u. Installateurschule, Malerschule, Steinmetz- u. Tischler- u. Polierschule, Eisen- u. Schmiedeschule, Gießereischule, Glanz-Erfolge. Respekt- und Anerkennungs-schreiben gratis und danko. Ansichtszeichnungen bereitwillig. Kleine Teilzahlungen.  
Bonness & Hachfeld, Verlag, Potsdam.

## Friedr. Meyer & Comp.

Buchdruckerei — Buchhandlung

Johannisstraße 46 = LÜBECK = Fernspr.: Nr. 926

Anfertigung

von

Plakaten

Broschüren

Flugblättern

Statuten

Mitgliedskarten

Eintrittskarten

Programmen

Festliedern.

Herstellung sämtlicher

== Buchdruckerarbeiten ==

in ein- u. mehrfarbigem Druck

Für Massenauflagen: Rotationsdruck.

Solide Preise. — Prompte Lieferung.

□ □

Verlag des Lübecker Volksboten

Anfertigung

von

Briefbogen

Kouverts

Rechnungen

Quittungen

Mitteilungen

Adresskarten

Zirkularen

Visitenkarten.

**Atelier** für Zahntechnik und Zahnpflege.  
H. Schreiber, Breitestr. 24

Sie sparen **100 pCt.**  
Prima **Tilsiter**  
vollfetten

weich und pikant, leicht beschädigt, per Pfund nur 30 Pfg. sowie Äpfel und Birnen zu billigen Preisen.  
**Löbmann & Co.**  
Königsstr. 127.  
Note Lubeca-Rabattmarken.

**Achtung Maurer!**

Die am Mittwoch, den 16. d. M., fällige Mitgliederversammlung fällt aus, dieselbe wird dafür auf den 23. d. M. anberaumt.  
Der Vorstand.

Schmiedestr. **Tonhalle** Schmiedestr. 20. 20.

Viertes Wochenprogramm der Winter-Saison.

Für 20 Pfg., Kinder 10 Pfg.

Der gestiefelte Kater (das bekannte deutsche Märchen, ganz koloriert). Olympische Spiele 1908 (für Turner). Ein unwürdiger Vater (Drama). Es riecht nach Rauch (komische Szene). Die Fabrikation des Tischlerleimes. Behördeneifer (komisch). Das Geheimnis des Berges (Drama). Venedig und die Lagunen (Naturaufnahme). Solch Brot schmeckt nach Kuchen (humoristisch). Die Ballonwettfahrt. Die Wahnsinnige (dramatisch). Die lustige Witwe. Papa Becker kommt mit seinen Kindern.  
Die Direktion.

Dilettantenklub „Freiheit“ von 1906.

Großer theatralischer Unterhaltungs-Abend am Donnerstag, den 17. September 1908

in den Räumen der „Central-Hallen“, Dankwartstraße.  
Zur Aufführung gelangt:  
Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe.

Schauspiel in 4 Aufzügen.  
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr. Preis a Person 30 Pfg., Kinder die Hälfte.  
Programm frei. Das Komitee.

**Abreisenden**

aufbewahrt und nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus u. Expeditions-gesch. Fischergr. 52.

**Achtung!**

**Kohlenarbeiter!**

**Der Sammlung**

am Mittwoch, 16. Septbr., abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:  
1. Wahlen. 2. Verschiedenes.  
Kollegen, wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht, daß sämtliche Kohlenarbeiter erscheinen.  
Der Vorstand.

Empfehle: Bürgerlichen Mittagstisch.  
Anmeldungen vorher erb. Johannisstr. 50, pt.

**Hansa-Theater**  
Telephon 384.  
Gastspiel

**Job-Classen.**

Heute letzter Tag.  
Anfang punkt 8 1/4 Uhr.  
Das Tollste vom Tollen!

**Eine Spritztour nach Berlin.**

Posse mit Gesang in 4 Akten.  
Mittwoch, den 16. September **2 zu 15.**  
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

## 5. Konferenz der sozialistischen Frauen Deutschlands.

Eigenbericht des „Lübecker Volksboten.“

C. B. Nürnberg, den 12. September 1908.

Aber b) Die Jugendorganisation referierte Genossin Zetkin. Sie unterbreitet der Konferenz folgende Leitsätze und folgende Resolution:

### I.

Die sozialistische Jugendbewegung entsteht notwendig in allen Ländern mit kapitalistischer Wirtschaft. Sie ist das Ergebnis einerseits der durch die kapitalistische Produktionsweise erzeugten wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen in ihrer Rückwirkung auf die materielle und geistige Lage, sowie auf das Familienleben des Proletariats, damit auf seine Fähigkeit zum Unterhalt und zur Erziehung des Nachwuchses, wie auch andererseits der Rückwirkung dieser Umstände zusammen auf die Revolutionierung der Stellung und des Bewußtseins der proletarischen Jugend selbst.

### II.

Begünstigt durch die Not des Proletariats und die technischen Fortschritte der Produktion verwandelt das Ausbeutungsbedürfnis des Kapitals die jugendlichen Proletarier aus schutz- und erziehungsbedürftigen Angehörigen der Familie in selbständig erwerbende Lohnarbeiter in der Gesellschaft. Damit wird die Basis ihrer wirtschaftlichen Existenz aus der Familie in die Gesellschaft verlegt und das alte Verhältnis zwischen Eltern und Kindern von Grund aus umgewälzt, das auf dem absoluten Befehlsrecht der ersteren als wirtschaftlich Erhaltenden und ebenso der absoluten Gehorsamspflicht der letzteren als wirtschaftlich Erhaltener beruht. Die frühe wirtschaftliche Selbstständigkeit der jugendlichen Proletarier hat ihre frühe geistige, moralische und soziale Selbstständigkeit zur Folge. Die Pflicht, ja der Zwang zur Selbsterhaltung zieht das Recht der Selbstbestimmung nach sich, das seinerseits die Möglichkeit zu freier, gesunder Entfaltung aller körperlichen und geistigen Kräfte des einzelnen in sich begreifen sollte.

### III.

Im Triebwerk der kapitalistischen Produktion, der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen, losgelöst von der alten sozialen Gemeinschaft der Familie lernen sich die jungen Proletarier als eigenverantwortliche und eigenberechtigte Persönlichkeiten erkennen. Im Triebwerk der Produktion, der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen, werden sie aber auch gleichzeitig der neuen sozialen Gemeinschaft ihrer Klasse fest eingegliedert und begreifen sich als Gleiche unter Gleichen, als Lohnarbeiter unter der Masse der Lohnarbeiter, den gleichen sozialen Gesetzen der Lebensentwicklung und Lebensbestimmung unterworfen wie diese. Das Bedürfnis der jugendlichen Persönlichkeiten nach Schutz und Erziehung als Voraussetzungen für die Entwicklung der sich regenden leiblichen und seelischen Kräfte stößt an die sozialen Schranken der proletarischen Klassenlage und kann von dem bürgerlichen Klassenstaat, als dem politischen Herrschaftsorgan der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft nicht befriedigt werden. Es enthält sich den jugendlichen Proletariern als das Recht ihrer Klasse auf jene vollmenschliche Entwicklungs- und Wirkungslosigkeit, welche dem Stande der heutigen Kultur entspricht. Dieses Recht wurzelt in der ökonomischen und sozialen Bedeutung des Proletariats, muß sich gegen die ausbeutende Minderheit und ihren Staat im bewußt geführten proletarischen Klassenkampf langsam durchsetzen und findet erst mit der Überwindung der kapitalistischen Ordnung und der Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft freier, gleichberechtigter Arbeiter seine volle Anerkennung und Verwirklichungsmöglichkeit.

Für die jugendlichen Proletarier fällt daher das Lebensinteresse ihrer Jugend mit dem Lebensinteresse ihrer Klasse zusammen und führt sie mit zwingender Logik zum Sozialismus.

### IV.

Die Erziehung der jugendlichen Proletariatsmassen im Geiste des Sozialismus und für die Ziele des Sozialismus

ist daher die Aufgabe der sozialistischen Jugendbewegung. Diese Aufgabe sucht sie auf dem Wege der proletarischen Selbsthilfe zu lösen und zwar dadurch, daß sie erstens planmäßig der Verkümmern und Vernichtung körperlichen und geistig-sittlichen Lebens entgegenwirkt, welche der proletarischen Jugend als Folge der kapitalistischen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, der Mängel ihrer Erziehung in der Kindheit durch Haus und Schule und bestimmter verhängnisvoller Einflüsse der kapitalistischen Gesellschaft droht; zweitens ebenso planmäßig die normale Entwicklung dieses Lebens durch die Vermittlung materieller und ideeller Bildungselemente fördert. Die Durchdringung der proletarischen Jugendmassen mit der sozialistischen Erkenntnis, als der Vorstufe zum Willen und Handeln, welche die sozialistische Jugendbewegung erstrebt, muß das Schlussergebnis eines normalen geistig-sittlichen Entwicklungsprozesses sein. Zu diesem Zwecke muß sich die sozialistische Jugendbewegung vor allem die wissenschaftliche Erkenntnis der eigengesetzlichen Entwicklung der Natur und Gesellschaft nutzbar machen, wie auch der persönlich hebenden Bildungselemente der Natur- und Kunstgenusses. Zu diesem Zwecke muß sie aber auch bei Vermittlung des Bildungstoffes wie der Brüderung ihres gesamten inneren und äußeren Lebens berücksichtigen, was die moderne Pädagogik betreffs der gelunden Entwicklung der leiblichen und geistigen Kräfte feststellt hat.

### V.

Die sozialistische Jugendbewegung kann die ihr gestellte Aufgabe nur erfüllen als spezifisches Organ, beziehungsweise Glied des allgemeinen proletarischen Emanzipationskampfes, von dem sie Ziel und Inhalt empfängt. Sie muß daher in engstem geistigen und soweit das möglich ist auch organisatorischem Zusammenhang mit den reifen Trägern dieses Kampfes bleiben, auf deren Unterstützung durch Rat und Tat sie als eine Bewegung reisender Kräfte angewiesen ist. Gleichzeitig bedarf sie aber zur erfolgreichen Erfüllung ihrer spezifischen Aufgabe der eigenen Organisation. Diese muß entsprechend dem Ziel — der Erziehung der proletarischen Jugend zum bewußten und organisierten Handeln als Masse im modernen Klassenkampf — volles Selbstbestimmungsrecht besitzen. Die Schranke ihres Selbstbestimmungsrechts bildet nicht die Autorität der Organisationserwachsener, welche das alte Familienverhältnis zwischen Eltern und Kindern sozial reproduzieren würde, sondern lediglich das Interesse der Gesamtbewegung.

### VI.

Die sozialistische Jugendbewegung bedeutet eine der wichtigsten geschichtlichen Lebensäußerungen, deren Tendenz darauf hinausgeht, den von der kapitalistischen Produktionsweise erzeugten, von der bürgerlichen Ordnung entwickelten Individualismus als Prinzip der persönlichen Entwicklung und gesellschaftlicher Betätigung des Menschen bereits im Rahmen der bestehenden Ordnung beseitigen zu überwinden und damit geschichtlich der sozialistischen Gesellschaft vorzuarbeiten, die nicht bloß in politischer und ökonomischer, sondern auch in geistig-sittlicher Beziehung eine neue einheitliche Weltanschauung verwirklichen wird. Praktisch stellt sich die sozialistische Jugendbewegung dar als ein Teil des allgemeinen proletarischen Emanzipationskampfes und zwar als einen solchen Teil, der mit dem Fortschritt der kapitalistischen Produktion, der Verschärfung der Klassengegensätze und der Zuspitzung der Klassenkämpfe an Bedeutung gewinnt. Die reife, kämpfende Generation des klassenbewußten Proletariats darf nicht tatenlos zusehen, daß dessen jugendliche Glieder in dem kapitalistischen Wirtschaftsbetrieb zu Lohnrücken und Streikbrechern, in der Kaserne zu Werkzeugen der brutalen Gewalt herabgewürdigt werden, welche die kapitalistische Klassenherrschaft schütten und verewigen sollen; daß bürgerliche Bewegungen Geist und Herz der proletarischen Jugend ihrer eigenen Klasse und deren historischen Aufgaben entfremden und mit bürgerlicher Ideologie vergiften. Sie muß, je mehr ihr zielbewußter Kampf das Gebiet ihrer Betätigung erweitert und die vorliegenden Aufgaben spezifiziert, um so eifriger darauf bedacht sein, Träger der proletarischen Emanzipationsbestrebungen zu erziehen, die eine gründliche und feste theoretische Erkenntnis mit praktischer Wirkungsfähigkeit und tatkräftigem, zukunftsfrohem Idealismus ver-

binden. Sie bedarf der vorwärtstreibenden, geistigen und sittlichen Vorzüge der Jugend als eines wesentlichen Faktors, der ihre eigene Bewegung jugendfrisch und jugendkräftig erhält. Sie ist im Hinblick auf das Endziel des Proletariats verpflichtet, für das Heranwachsen eines Geschlechtes zu sorgen, das ihr eigenes Werk im besten geschichtlichen Sinne weiterführt, d. h. überflügelt. Das gesamte kämpfende Proletariat muß daher Mitträger der sozialistischen Jugendbewegung sein.

### VII.

Um in diesem Sinne seinen Verpflichtungen gerecht zu werden, muß es der sozialistischen Jugendbewegung die Bewegungsfreiheit sichern, deren sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben bedarf. Es muß ihr gleichzeitig moralisch und materiell alle Beihilfen gewähren, die zur Erreichung ihrer Ziele erforderlich ist und den großen grundsätzlichen Richtlinien des sozialdemokratischen Bildungsprogramms entspricht. (Siehe Resolution zum Mannheimer Parteitag). Als Aufgabe des gesamten kämpfenden Proletariats erfaßt und vom gesamten kämpfenden Proletariat getragen wird die sozialistische Jugendbewegung zum gewaltigsten Stück sozialpädagogischer Praxis, das die Geschichte kennt.

Ferner schlägt Genossin Zetkin folgende Resolution vor:

Die Konferenz sozialdemokratischer Frauen zu Nürnberg stimmt den ihr vorliegenden Leitsätzen zur Frage der sozialistischen Jugendorganisation und den sich aus ihnen ergebenden praktischen Konsequenzen zu.

Sie begrüßt aufs freudigste die internationale sozialistische Jugendbewegung als wichtiges, ja unentbehrliches Glied der proletarischen Emanzipationsbestrebungen.

Dem Ziel und dem Wesen der sozialistischen Jugendbewegung entsprechend, können ihre Aufgaben am erfolgreichsten in besonderen Jugendorganisationen erfüllt werden, welche die schulentlassenen jugendlichen Proletarier beider Geschlechter aufnehmen und volles Recht der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung besitzen, deren Leitungen jedoch Vertreter des gewerkschaftlich und politisch organisierten Proletariats mit beratender Stimme zur Seite stehen.

Wo die Gründung solcher Organisationen nicht möglich ist, sind zweckentsprechende Jugendbildungskommissionen zu konstituieren.

Die Vereine und Kommissionen haben in enger innerer Fühlung und, wo es das Gesetz erlaubt, auch in organisatorischer Verbindung mit den übrigen Organisationen des Proletariats zu stehen. Ihre Hauptaufgabe ist, im Geiste der Resolution über die Bildung der arbeitenden Jugend, welche die internationale sozialistische Jugendkonferenz zu Stuttgart angenommen hat, die körperliche und geistig-sittliche Entwicklung der jungen Proletarier zu fördern. Sie sind daher organisch besonders mit den Bildungsinstitutionen zu verbinden, welche das klassenbewußte Proletariat in immer größerer Zahl und Vollkommenheit zu schaffen beginnt. Inwieweit sie sich neben dem hervorgehobenen Hauptziel im Interesse der proletarischen Jugend oder des gesamten Proletariats der Erfüllung von Sonderaufgaben zuwenden (Schutz der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter, Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschutz, Verbreitung von Aufklärung über das Wesen des Militarismus zc. zc.), können sie nicht allein entscheiden, sondern nur gemeinsam mit den in Betracht kommenden Organisationen des Proletariats.

Wo es die Verhältnisse irgendwie gestatten, sind die Institutionen zur Jugendbildung in zwei Sektionen zu gliedern, von denen die eine für die jungen Proletarier bis zum Alter von 16 Jahren, die andere für die über 16 Jahre bestimmt ist.

Die Bestrebungen zur sozialistischen Erziehung der Jugend erhalten einen festen geistigen Mittelpunkt durch ein eigenes periodisches Organ, das methodisch in die Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus einführt und neben der allgemeinen geistigen Entwicklung die Charakterbildung fördert.

Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats sind verpflichtet, die sozialistische Jugendbewegung moralisch und materiell in weitgehender Weise zu unterstützen.

## Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstäcker.

(50. Fortsetzung.)

„Ist Ihnen der Buschdrühscher begegnet?“ rief Doktor Spiegel, sich rasch und gespannt nach ihm umdrehend.

„Der Buschdrühscher?“ fragte lachend der Kapitän —

„haben Sie hier einen bestimmten?“

„Schlimmer als das“, rief aber der junge Doktor, den zweitgebrachten Krug zur Hälfte leerend und neben sich niederstehend — „lieber wollt ich zehn Buschdrühscher und Strauchdieben begegnen, als noch ein einziges mal durchmachen, was ich heut erlebt.“

„Und das war?“ fragten alle gespannt, bloß der Apotheker brummte wieder eine nur halbverständliche Sottise in den Bart.

„Denken Sie sich“, erzählte Doktor Fiedel, in dem Eifer des Berichts von seinem Stuhl aufspringend und hinter den des Doktor Spiegel tretend, der sich erwartungsvoll nach ihm umdrehte. „Sie wissen, ich habe jetzt fürchtbar viel zu tun, und kann kaum, ob ich mich auch zerreißten möchte, meine Patienten alle in einem Tage besuchen — ja oft in zweien nicht. In voller Flucht also von der Hochebene hinter Saaldorf niederjagend, um meine Wohnung rasch zu erreichen und mein Pferd zu wechseln, verfehle ich den rechten Pfad, der nach der Brücke zu führt, und sehe mich plötzlich am steilen Ufer des Stromes.“

„Des Stromes?“ fragte Spiegel erstaunt — „welches Stromes? wir haben ja gar keinen hier außer dem Torrens bei Abelaide, und durch den kann man im Sommer trocknen Fußes gehen.“

„Keinen Strom hier? wie nennen Sie denn das böse läckische Wasser, das gleich unterhalb Saaldorf in den Torrens mündet — heh?“

„Den Bach, meinen Sie?“ lachte von Bick.

„Bach —“ sagte der junge Arzt verächtlich — „gehen Sie nur hinaus und sehen Sie, wie er von dem letzten Regen angeschwollen ist. Mein Pferd bäumte sich und wollte nicht hinüber, aber ich stieß ihm die Sporen in die Flanken, ließ ihm eins mit der Reitgerte über — die Vorderfüße brachen ihm dabei zugleich am Rande der schroffen Lehmbank ein, und halb hützend, halb springend sanken wir in die selbe Flut, die über uns zusammenschlug.“

„Na, da schlage doch gleich Gott den Deibel tot!“ rief der Apotheker, der seinen Grimm nicht länger verschlucken konnte; „die ganze Rinne ist keine vier Zoll tief.“

Der junge Doktor erwiderte nichts darauf. Er wußte, daß ihn der Apotheker haßte, weil er einmal behauptet hatte, er verstehe seine Rezepte nicht zu mischen, und jetzt seine Patienten nach Abelaide schickte, um die Medikamente machen zu lassen — er aber verachtete den Apotheker.

„über uns zusammenschlug“, wiederholte er mit einem geringeltägigen Blick dort hinüber. „Im Nu hatte ich aber mein Pferd wieder emporgerafft, und von Sporn und Zügel gehoben, klonn es die fast senkrecht gelegene Lehmbank hinan.“

„Eine Kage kann hinüberpringen!“ sagte der Apotheker, als ob er mit sich selber spräche.

„Schon glaubt ich, ich hätte das Schwerste überstanden“, fuhr aber Fiedel ungeduldig fort, „denn die Hufe meines wackern Tieres berührten den obern Rand und griffen da ein. Da tauchten plötzlich die wilden Hige eines Schwarzen dicht vor mir auf, gleich neben dem Hals meines Pferdes sah ich seine Augen wie ein paar Feueräder auf mich hereinblitzen, und in der Rechten schwang er seine kurze Kriegsteule, zum Schlag ansetzend, nach meinem Haupte.“

„Ein Schwarzer!“ rief der Apotheker, ungläubig mit dem Kopfe schüttelnd.

„Aber das ist kaum möglich“, sagte jetzt Spiegel, „daß ein Schwarzer es wagen sollte, hier dicht bei der Ansiedelung einen Weißen anzugreifen. Er hat vielleicht in der Nähe gestanden und Ihnen helfen wollen.“

„Helfen?“ lachte Fiedel höhnisch, ich danke für solche Hilfe. Mit der Linken drängte er den Kopf meines Pferdes wieder die Uferbank hinab, und mit der Rechten holte er zum tödlichen Schlag aus. Ich wäre verloren gewesen, hätte mich nicht meine Geistesgegenwart gerettet — Kellner, noch einen Krug Bier — aber rasch! So den Oberkörper rasch hinüberwerfend, daß ich den Hals des Pferdes zwischen mich und den Angreifer brachte, gewann ich Zeit, unbewußt wie ich war, meine Reitpeitsche in der Hand umzudrehen, und während ich meinem Tier wieder die Sporen in die Seite stieß, an dessen Zaum sich der Wilde jetzt hing, um sich die sichere Beute nicht entgehen zu lassen, traf ich ihn mit sicherem Schlag über der Schläfe, daß er halb betäubt zurücktaumelte, griff mein Pferd auf, das in diesem Augen-

blick festen Boden gewann, und war im nächsten Moment jeder Gefahr glücklich entronnen.“

„Es ist wirklich merkwürdig“, rief jetzt auch von Bick aus, „ich bin doch nun schon so oft und bei Nacht und Nebel hier in der Nachbarschaft die Kreuz und Quer geritten, und noch nie weder von Wilden angefallen worden, noch an den Strom mit den steilen Uferböden gekommen.“

„Na, wenn das Gute gerühmte Sicherheit hier ist“, sagte der Kapitän, „da dank ich schon, und je eher ich wieder an Bord komme, desto besser.“

„Da sollte man aber doch eigentlich Anzeiger davon machen“, meinte Bregfeld, der bis jetzt noch keine Silbe gesprochen, sondern sich nur immer den Fremden betrachtet hatte. Die Nachricht, daß er Vogelbälge nach Deutschland schicken wolle, interessierte ihn besonders. „Wenn man die schwarzen Schufte hier tun läßt, was ihnen beliebt, so werden sie am Ende übermäßig. Im Busch drinnen ist so kaum noch mit ihnen auszukommen.“

„Bach, was hilft Ihnen die Polizei?“ rief der junge Doktor mit einem verächtlichen Kopfschütteln. „Selber ist der Mann, und die schwarzen Kanakken, die mich angreifen, werden sich auch die Folgen selber zuschreiben haben. Ich werde von jetzt an geladene Pistolen bei mir führen. Apropos, Doktor, ist wohl hier im Ort ein Mann, der gute Goldstern machen kann?“

„Nun, der Sattler doch wohl, aber ich kann mir noch garnicht denken.“

„Denken? Was hilft mir denken, wenn ich die Beweise habe?“ rief der besponnte Arzt, indem er das neugebrachte Bier mehr hinunterschüttelte, als trank. „Aber ich muß fort — Kellner, hier für drei Krüge Bier — Sommerwetter, es ist schon spät, und ich habe noch fünf oder sechs Besuche zu machen, und zwar bis nach Lischtes hinauf an dem einen und bis nach Dornwebers an dem andern Ende der Stadt.“

„Bei Lischtes ist doch niemand krank, so viel ich weiß“, sagte von Bick.

„D, unser Doktor besucht auch die Gesunden“, lachte Spiegel. „Susanna Lischtes nimmt seine ganze Aufmerksamkeit in Anspruch.“

„Nein, wahrhaftig nicht, Doktor“, sagte das Büschchen gleichgültig, „sein Gebante an die junge Dame, der noch dazu der alte härtebige Lischte immer auf der Fackel steht.“

Neben der direkten Förderung, die sie ihr zuteil werden lassen müssen, können sie ihren Bestrebungen im besonderen noch förderlich sein durch die Errichtung von Bibliotheken und Lesezimmern, durch die Beschaffung von Lokalitäten ohne Trinkschwang, von Gärten und Spielplätzen, durch eine zweckentsprechende Gestaltung ihrer Feste und Ausflüge und auf andere geeignete Weise.

Es ist des weitern ihre Pflicht, ihre Mitglieder unablässig daran zu erinnern, was sie als Eltern, Arbeitskameraden und Freunde den jungen Proletariern schuldig sind: Das Beispiel eines Lebens, welches die geistig und sittlich hebende Macht der sozialistischen Ideen verkörpert; ein Verhalten, das von jener Achtung und Sympathie durchdrungen ist, auf welches die Leidensgenossen von heute, die heranreifenden, gleichberechtigten und gleichberechtigten Kampfesgenossen von morgen ein Recht haben; das ernsthafte Bemühen, der sozialistischen Jugendbewegung neue Mitglieder zu werben und ihr Wirken zu unterstützen.

Die Konferenz sozialistischer Frauen zu Nürnberg beauftragt ihr Bureau, ihre Beschlüsse wie die vorliegenden Leitsätze dem sozialdemokratischen Parteitag zu überweisen und vor ihm verlesen zu lassen. Sie verpflichtet alle Genossinnen, mit regstem Eifer für die praktische Durchführung der gefassten Beschlüsse zu wirken.

Genossin Zetkin: Die Frage der sozialistischen Jugendorganisation steht im engsten notwendigen Zusammenhang mit der eben behandelten Frage der Jugendbildung zu Hause und ist für die Mütter eine ernste Pflicht. Aber in dem heißen Streite, der jetzt entbrannt ist, fassen sowohl die Gegner wie die Freunde der Jugendorganisation die Frage viel zu eng auf. Den Bedürfnissen des Tages auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete wird schon von selbst Rechnung getragen; aber nur, wenn man die Frage im weiteren Sinne aufstellt, wenn man die geschichtlich treibenden Kräfte erfasst, die hinter der Jugendbewegung stehen und sich danach richtet, wird man die Jugend vorbereiten zu wirklichen sozialistischen, politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen. Ein Blick auf die Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens und uns zeigt, daß die letzte treibende Kraft der sozialistischen Jugendbewegung die kapitalistische Produktionsweise ist, die eine neue Form der Erziehungsbedürftigkeit der proletarischen schulentlassenen Jugend schafft. Die jugendlichen Proletarier werden der kapitalistischen Ausbeutung überantwortet, ehe ihre körperlichen und geistigen, sowie sittlichen Kräfte genug herangereift sind, um tatsächlich den Kampf um die Existenz bestehen zu können. Damit geht auch eine Umwälzung in der Stellung und dem Bewußtsein des jugendlichen Proletariats vor sich. In derselben Art, wie sich diese Umwälzung bei den Frauen mit ihrer zunehmenden industriellen Betätigung vollzogen hat, indem die jungen Proletarier anfangen, ihr eigenes Brot zu essen, vollzieht sich eine allmähliche Umwälzung des alten Verhältnisses zwischen Eltern und Kindern. Das rohe brutale Machtverhältnis von früher, das sich aufbaute auf dem absoluten Verbot der Eltern als der wirtschaftlich Erhaltenden, wird ersetzt durch das Verhältnis der Kameradschaft und Freundschaft zwischen Eltern und Kindern. Mit der Pflicht, sich ihre Existenz selbst zu suchen, verlangen die jungen Proletarier auch ihr Selbstbestimmungsrecht. Aber der junge Proletarier erwacht nicht nur zur Erkenntnis der eigenberechtigten Persönlichkeit, er fühlt auch vom ersten Tage, wo er in die Tretmühle des Erwerbslebens eingestiegen ist, daß er in dem wirtschaftlichen und sozialen Leben als einzelner nichts bedeutet, daß er ein Schwacher, ein Besiegter ist im Kampfe mit dem Leben und daß er die Kraft zum Siege nur durch die Solidarität, durch die Gemeinsamkeit finden kann. Er lernt sich nicht bloß als Persönlichkeit, sondern als Glied einer Klasse kennen. Und der junge Proletarier erkennt weiter, daß die Schranken der Entwicklung seiner Persönlichkeit nicht in seiner Jugend, seiner persönlichen Begabung liegen, sondern einzig und allein in der Klassenlage des gesamten Proletariats. Er erkennt, daß die bürgerliche Gesellschaft nichts tut, um die erzieherischen Pflichten, die sie der Familie unmöglich macht, von sich aus zu übernehmen. Wie er die Armelehre als ein Instrument zur geistigen Knebelung des Proletariats erkennt, muß er auch sehen, daß alle sonstigen Bildungsgelegenheiten für ihn in der bürgerlichen Gesellschaft nur die Aufgabe haben, den Geist des Proletariats zu unanebeln und zu knechten. Das tun alle Schulleinrichtungen unseres Klassenstaates. Und deshalb ist die sozialistische Jugendbewegung ein Stück jener proletarischen praktischen Selbsthilfe, zu der das Proletariat im Klassenkampf gedrängt wird. Wie die Frauen den sie angehenden Teil der politischen, gewerkschaftlichen und gemeinschaftlichen Bewegung selbst erledigen, so müssen wir auch den jugendlichen überlassen, ihre Bewegung selbst zu leiten. Das entspricht nur unserem Prinzip der Selbstbetätigung und Selbstbildung. Die Jugendbewegung soll nicht einzelnen frühreifen Persönlichkeiten die Möglichkeit geben, zu erfahren, wie der Sozialismus sich räuspert und

wie er spuckt, sondern sie will die jugendlichen Kräfte, wenn sie herangereift sind, zu zukunftsfröhlichem und begeistertem Handeln erziehen. Das kann aber nur geschehen in Verbindung mit einer Hebung des Persönlichkeitsbewußtseins und dieser Hebung wiederum muß vorangehen eine Abschaffung der Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskräfte. Damit nicht genug: Die sozialistische Jugendbewegung muß einer ganzen Reihe von verwahrlosten und verderblichen Einflüssen der kapitalistischen Gesellschaft entgegenwirken: dem Alkoholismus, der Schundliteratur, der Miskunst. Sie kann sich aber nicht damit begnügen nur abzuwehren, sie muß auch aufbauen, wie das Genossin Roland-Hoff auf der Stuttgarter internationalen Konferenz der Jugendorganisationen so vorzüglich ausgeführt hat. Nicht auf kleine Vereinseierläufe läuft die Jugendbewegung hinaus, sie ist von hohen sittlichen Idealen getragen. Durch Sport und Leibesübungen soll sie der Entartung der Muskeln und Nerven im kapitalistischen Fabrikbetriebe entgegenwirken, im jugendlichen Arbeiter die Freude an der Kraft und Gesundheit des Körpers wiedergeben, die gesunde Freude am Körper, die eine christlich-moralisierende Auffassung großen Teilen des Volkes genommen und beschmutzt hat; sie soll den jungen Proletarier bekannt machen mit den Gesetzen der Hygiene, einer gesunden und zweckentsprechenden Lebensführung; durch vernünftige, zartfühlende und reinobjektive wissenschaftliche Aufklärung über sexuelle Fragen die Beziehungen zwischen den Geschlechtern auf eine gesunde sittliche Basis stellen, den jungen Proletarier ohne Unterschied des Geschlechts darüber aufklären, daß auch der mächtigste Naturtrieb neben dem Hunger, der Geschlechtstrieb, nicht nur als roher blinder Naturtrieb wüten darf, sondern mit geistigem sittlichem Gehalt durchdrungen werden muß. Die sozialistische Jugendbewegung soll — natürlich ohne verwirrende äußerliche Zielwässerei — durch Einführung in das Leben der Natur und das gesellschaftliche Leben dem jungen Proletarier die Entwicklungsgesetze zeigen, dann wird kein Platz sein für religiösen Mystizismus, der nur zu oft auch in sozialer Beziehung zu einem Mystizismus führt. Es kann nicht Aufgabe der Jugendbewegung sein, in einer Schnellleiche oder -Preise einzelnen frühreifen Persönlichkeiten die Möglichkeit zu geben sich auszuleben, sondern die breitesten Kreise der proletarischen Jugend zur sozialistischen Erkenntnis zu bringen. Dann werden nicht mehr im Leben und Tun der einzelnen sich kampfende Gegensätze zeigen, werden nicht mehr die besten Genossen und Gewerkschaftler in ihrem Privatleben sich nach einer ganz bürgerlichen Weltanschauung betätigen, dann erhalten wir ein fest verankertes und verwurzelt sozialistisches Innenleben, das sich durch kein Gesetz, durch kein Drohen mit Bajonetten etwas abhandeln läßt. Zu dieser Aufgabe aber bedarf die sozialistische Jugendbewegung eines eigenen Organs, einer eigenen Organisation. Die gewerkschaftlichen und auch die politischen Organisationen können diese Aufgabe nicht erfüllen. Ich sage das nicht im Hinblick auf das Vereinsgesetz, diese Spottgeburt aus konservativem Feuer und liberalem Dreck. Die gewerkschaftliche und auch die politische Organisation sind mit Augenblicksaufgaben zu sehr belastet, daher hat sich ja auch die Notwendigkeit der Gründung von Bildungsausschüssen und Bildungsorganisationen herausgestellt. Mit diesen wird die sozialistische Jugendorganisation innerlich zu verbinden sein. Aber diese Organisation der sozialistischen Jugendbewegung muß auch selbständig sein, Selbstentscheidungs- und Bestimmungsrecht haben. Das ist ein wichtiger Faktor der modernen wissenschaftlichen Pädagogik. Nur dann wird bei der Jugend der größte Eifer und der höchste Ehrgeiz ausgelebt, wenn wir ihr in ihren Organisationen das Recht der Selbstbestimmung lassen. Das haben auch die Leiter der katholischen Jugendvereine anerkannt und selbst der preussische Handelsminister hat kürzlich in einem Erlass den Grundgedanken vertreten, daß die Vereine der Fortbildungsschüler möglichst selbstständig arbeiten sollen. Die Sozialdemokratie hat keine Veranlassung, sich in bezug auf die Verwirklichung dieser wichtigen Prinzipien von den Leitern der katholischen Jugendorganisationen überlassen zu lassen. Natürlich müssen die jüngeren Genossen auf den Rat der älteren Genossen hören und ich hätte durchaus nichts dagegen einzuwenden, wenn man den älteren Genossen in irgendeiner Form eine Art Mitwirkung an den Jugendorganisationen gewährte. Gegenüber manchen Bedenken in sozialistischen Kreisen gegen die Erziehung der Jugend beiderlei Geschlechts zum Klassenbewußtsein in gemeinschaftlichen Organisationen sehe ich in dieser gemeinsamen Erziehung einen Vorteil. Schon in der Jugendorganisation muß die Grundlage dazu gelegt werden, daß der Jüngling in der Jungfrau die Kampfgenossin ehrt und achtet. (Sehr richtig!) Dagegen wäre ich dafür, daß zwei Sektionen für die verschiedenen Altersstufen unter 16 und über 16 Jahre geschaffen werden. Natürlich sollen die Proletarier nicht zwangsweise in der unteren Sektion festgehalten werden, wenn sie der Grad ihrer

persönlichen Entwicklung dazu drängt, in die höhere Sektion überzutreten. Aber ich möchte eine Gruppe haben, in der sowohl der Stoff wie die Darbietung des Stoffes der großen Waffe der Jugendlichen unter 16 Jahren angepaßt wird. In der ersten Abteilung soll der Appell an das Gemütsleben und das Herz der Jugend in den Vordergrund treten, während später die rein theoretische Schulung fortgeführt werden kann. Es könnte unvorsichtig erscheinen, daß ich öffentlich die sozialistische Erziehung als Zweck der Jugendorganisation hinstelle. Ich tue das aber mit vollem Bewußtsein. Die Entwicklung der Frauenbewegung ist uns ein Beispiel dafür, daß man auch bei aller Beachtung der Gesetzesparagrafen, die man innerlich als Ausdruck der herrschenden Klassengewalt verachtet, doch blühen und gedeihen und damit fertig werden kann, und schließlich eine Stärke erreicht, daß die Gegner angefaßt des blühenden Lebens, das sie nicht erdroffeln können, die Waffen strecken müssen. (Sehr gut!) Das Proletariat hat alle Ursache, die sozialistische Jugendbewegung zu stützen, angesichts der Tatsache, daß die Jugend im wirtschaftlichen wie im politischen Leben ein immer bedeutenderer Faktor wird. Je mehr sich die Klassenkämpfe zuspitzen, umso mehr müssen wir der Möglichkeit rechnen, daß unsere Jugend als Stütze der brutalen rohen Gewalt gebraucht werden soll, welche das letzte Bollwerk der bürgerlichen Gesellschaft bildet. Die Aufklärung des Proletariats über den Militarismus muß bereits im Elternhaufe beginnen, dann werden wir es ja weit bringen, wie es die junge Garde in Belgien gebracht hat, daß die Generale erklären, sie könnten bei Streiks die regulären Truppen nicht mehr gegen die Arbeiter marschieren lassen. Wenn der Befehl ergeht, gegen den inneren Feind zu marschieren, so muß unsere Jugend wissen, wo der innere Feind steht und auf welcher Seite er zu suchen ist. (Sehr gut!) Wir können nicht die Nordmerkmale der Herrschenden in unseren Besitz bringen, aber wir können die Jugend so vorbereiten, daß die Köpfe derjenigen, die diese Nordmerkmale bedienen, nach der richtigen Seite hinsehen. (Sehr gut!) Die Jugend ist auch das beste Element, um unsere Partei selbst in beständiger geistiger Manufaktur zu halten, um uns nicht rosten zu lassen, sowohl die einzelnen wie die ganze Bewegung. Die Klassenbewegung des Proletariats bedarf sowohl der älteren Leute, die wagen, aber auch der jungen Elemente, die zum Wagen drängen. Ich weiß wohl, daß wir uns durch Annahme meiner Resolution in einen gewissen Gegensatz setzen zu den Beschlüssen des Parteivorstandes und auch des Hamburger Gewerkschaftskongresses. Niemand bedauert das lebhafter als ich. Aber dieser Gegensatz ist das kleinere Übel, das wir im Interesse der Sache selbst wählen müssen. (Sehr richtig!) Und das außerdem sehr bald durch die Entwicklung der proletarischen Jugendbewegung überwunden sein wird. Indem wir uns der proletarischen Jugendbewegung annehmen und diese Jugend erfüllen mit den Idealen, welche die Befreiung der ganzen Menschheit verbürgen, wirken wir dahin, daß innerhalb der proletarischen Massen jener Geist zur Verwirklichung gelangt, der den Willen zur Tat bedeutet und der in dem Worte unserer Marx seinen Ausdruck findet: Die Philosophen haben bis jetzt die Welt verschieden interpretiert, worauf es aber vor allem ankommt, ist, sie zu verändern. Sorgen wir dafür, daß die sozialistische Jugendbewegung diese Aufgabe erfüllt. (Stürmischer Beifall.)

Auf Antrag v. Elm beschließt die Konferenz zunächst die Leitsätze und die Resolution dem Parteitag als Material zu überweisen, da die Konferenz bindende Beschlüsse doch nicht fassen könne.

Genosse Henke-Bremen: So gut der Gewerkschaftskongress zu dieser Frage einen Beschluß gefaßt hat, so gut können wir es hier tun. (Zustimmung.) Ich beantrage deshalb, daß mit der Überweisung der Leitsätze und der Resolution an den Parteitag die Konferenz eine Willensbekundung dahin abgibt, daß sie mit den Ausführungen der Genossin Zetkin einverstanden ist.

Genossin Grünberg-Nürnberg: Wenn wir hier ein Urteil abgeben sollen, dann müssen wir vorher diskutieren.

Genossin Zieh: Ich lasse dann darüber abstimmen, ob die Konferenz sich mit den Ausführungen der Genossin Zetkin einverstanden erklärt oder nicht.

Genosse v. Elm: Ich protestiere dagegen, daß jetzt die Abstimmung in dieser Weise geschoben wird. (Unruhe.) Die große Mehrheit der Konferenz hat bereits dahin entschieden, die Leitsätze und Resolutionen dem Parteitag lediglich als Material zu überweisen. Ich protestiere gegen dieses Abstimmungsverfahren.

Genosse Henke: Wir sind berechtigt, hier unsere Meinung zum Ausdruck zu bringen. Ich habe mich durch die Ausführungen der Genossin Zetkin überzeugen lassen, und wenn der Genosse v. Elm nicht überzeugt ist, so braucht er ja nur gegen die Resolution zu stimmen. (Zustimmung.)

Zeugnen will ich übrigens nicht, daß ich ernsthaft damit umgehe, mich zu verheiraten. Sie wissen selber, daß ein Arzt heiraten muß, wenn seine Patienten, besonders die weiblichen, Vertrauen zu ihm fassen sollen. Aber da — alle Teufel! — unterbrach er sich plötzlich, als in diesem Augenblicke der Kopf eines Schwarzen dicht vor dem Fenster auftauchte und seine Nase dagegen platz drückte. Wie eine Erscheinung war er aber auch in demselben Moment fast wieder verschwunden.

„Was war das?“ sagte der Kapitän, „beim Himmel, ich glaube, die schwarzen Galanten wollen uns hier im Zimmer überfallen! Trinken Sie um Gotteswillen aus, daß der Wein nachher beim Handgemenge nicht verschüttet wird.“

Er hatte übrigens kaum sein eigenes Glas an die Lippen gebracht, als die Tür aufging, und wie er sich rasch dorthin umdrehte, stand ein Schwarzer darin, im blauen Hemd und einen Seidenhut auf dem Kopfe, mit einem Wort, unjer alter Bekannter, während Lunjumloug.

„Doktor Behr!“ rief Spiegel übertracht und lachend aus. „Na, nu seht' mich aber einmal an Land!“ sagte der Kapitän, „noch ein Doktor, und noch dazu ein schwarzer? Hier müssen ja die Doktorhüte wie Pilze aus der Erde wachsen. Heuschrecken und Mohn!“

Doktor Behr, ohne sich weiter um die übrigen zu kümmern, ging schnurstracks auf den Doktor Fiedel los, und ihm die offene Hand entgegenhaltend, sagte er freundlich:

„Kommt, weißer Mann, — kein Stück weiß Geld für heute.“

„Weiß Geld? Wofür?“ rief das Bürschchen erstaunt, wurde aber zugleich ein wenig rot im Gesicht.

„Wofür?“ sagte Lunjumloug, ohne seine Hand zurückzugeben, „ist nicht schlecht, hat Doktor Behr nicht Pferd aus kleine Nach heute herausgeholt, als weißer Mann heruntergefallen war und sich nicht zu helfen wußte?“

„Ah, das war der entsetzliche Überfall!“ rief der Apotheker triumphierend hinter dem Tische vor, das war der schreckliche Schwarze, und die Kriegskette trägt er jetzt auf dem Kopfe.“

„Haben nichts als verdammte Lügen!“ rief der junge Hoffmannssohle Arzt, schleuderte dem Apotheker einen wütenden

Blick zu und verließ, ohne nur irgend jemanden zu grüßen, rasch und zornig das Zimmer.

„Kopf ab, daß Blut raus kommt!“ sagte der Kapitän, still vor sich hinlachend, „da haben wir die Räubergeschichten. Doktor Behr hat alles klar gemacht, und der andere Doktor geht jetzt vor dem Wind vierzehn Knoten die Stube.“

„Das ist gottvoll, daß wir den Jungen so abgefertigt haben!“ rief augenblicklich der Apotheker, dem erst wieder wohl wurde, als jener den Rücken gedreht. „So ein Milchsuppengesicht, das sich hier Doktor nennt und sich wahrheitsgemäß vor dem Examen hat relegieren lassen, kommt nach Australien und will uns seine zu Haus angebundenen Bären hier als bare Münze aufstischen. Hier, Doktor Behr, das hast Du heute brav gemacht, da hast Du Geld,“ und er gab dem schmunzelnden Schwarzen einen Schilling in Silber.

„Ja, da brach' ich auch nicht back!“ sagte der Kapitän, indem er ihm ebenfalls etwas Kleingeld gab, „hier, verehrter Doktor — alle Wetter! er hat die Hosen unter den Trägern weg verloren und nichts davon gemerkt. Junge, Junge, wie siehst Du aus! Die Weibahn muß auch einen neuen Fliesen kriegen.“

Auch Doktor Spiegel und Mac Donald gaben ihm etwas, und der Schwarze verließ, vor lauter Vergnügen zwei Reihen prachtvoller Zähne zeigend und fortwährend mit dem abgenommenen Gute die tiefsten Verbeugungen machend, das Zimmer.

Mac Donald brannte hier der Boden unter den Füßen, denn in ein öffentliches Gasthaus konnte jeden Augenblick einer seiner Verfolger kommen und ihn erkennen, so sehr er auch sein Äußeres verändert. Er war deshalb aufgestanden und hatte seinen Hut genommen, um nach Rischtes zurückzukehren. Der Abend brach überdies an, und es wurde Zeit, an den Heimweg zu denken.

„Sagen Sie mal, Herr von Bick“, fragte da der Kapitän, indem er die geleerten Gläser wieder füllte, „kennen Sie nicht vielleicht zufällig hier in der Nachbarschaft oder in oder bei Adelaide herum einen Gutsbesitzer Hohburg? Sol's der Herr! Er soll doch hier in Südaustralien ansässig sein, und ich bin nicht imstande herauszubekommen, wo? Ich kenne ihn von Deutschland her, und es wäre mir lieb, wenn ich wenigstens erfahren könnte, wie es ihm geht.“

„Gutsbesitzer Hohburg? Nein,“ sagte der Angeredete kopfschüttelnd. „Der Name ist mir allerdings bekannt, aber auf einen Hohburg kann ich mich nicht besinnen.“

„Eine Frau Hohburg wohnt hier irgendwo in der Nähe,“ bemerkte Mac Donald, der bei der Nennung des Namens aufmerksam geworden war, „aber sie ist Näherin und so viel ich weiß, Witwe.“

„Ja, das ist die sogenannte arme Witwe,“ sagte Schelling, „die kann ich auch, die kam damals mit ihrem Mann vom Mount-Barter, glaub ich, herüber. Der war aber Handlanger und Schäfer und Gott weiß was sonst noch, und ist nachher verschollen, ein ganz verworrenes Subjekt der Bursche.“

„Nein, die mein ich nicht,“ erwiderte der Kapitän, „der Hohburg muß hier irgendwo in der Nachbarschaft eine sehr bedeutende Beszung haben, ist ein feinstreicher Kauf und junger hübscher Kerl, war das früher wenigstens, wenn er auch jetzt etwas mehr in die Jahre gekommen ist.“

„Kenne ich nicht,“ sagte von Bick, „steht vielleicht irgendwo in einer der anderen Ansiedlungen, denn Deutsche gibt es hier überall genug.“

„Wissen Sie niemanden, bei dem ich das erfragen könnte?“

„Hm,“ sagte Doktor Spiegel, „da ist der alte Kalkulator von Dresdener, der immer ein Register über die anlandenden Passagiere hält und sich sorgfältig dabei notiert, was später aus den Leuten wird. Wenn es irgend jemand im ganzen Distrikt weiß, so ist es der. Seine Wohnung können Sie in Adelaide leicht erfragen.“

„Und wie heißt er?“

„Ja, Wetter noch einmal, wie heißt er denn gleich? — Herr von Bick, Sie kennen ihn ja auch!“

„Allerdings, aber ich kann mich jetzt ebenfalls nicht auf den Namen besinnen.“

„Das kleine dürre Männchen mit den weißen großen Vatermördern?“ fragte Schelling.

„Der selbe — Herr Du mein Gott, der Name liegt mir auf der Zunge — er fängt sich mit einem K an — es ist ein Seefisch.“

„Kabeljau?“ sagte Helger.

„Nein nein — wie man nur so 'was vergessen kann!“

„Krabbe?“

„Nein, nein — jetzt hab' ich's, Koch heißt er.“

(Fortsetzung folgt.)

Genossin Grünberg: Wir lassen uns durch eine solche Art der Abstimmung nicht majorisieren. Wenn der Genosse Henke seinen Kopf durchsetzen will, dann mag er erst eine Diskussion zulassen.

Genossin Zettlin: Wir sind vollständig berechtigt, in dieser Frage eine bestimmte Haltung einzunehmen. Selbstverständlich können wir hier keine bindenden Beschlüsse fassen, sondern nur eine vorbereitende Tätigkeit für den Parteitag ausüben.

Bei der Abstimmung ergibt sich eine große Mehrheit für die Leitsätze der Genossin Zettlin.

Genosse v. Elm: Bei einem solchen Abstimmungsmodus wird sich jeder vernünftige Mensch der Abstimmung enthalten. Das ist ein Unfug.

Schließlich wird noch eine Resolution angenommen, die es allen Parteigenossen zur Pflicht macht, ihre weiblichen Angehörigen den Parteioptionen zuzuführen.

Nach einem anfeuernden Schlusswort der Genossin Zettlin erreicht die Konferenz um 8 Uhr abends ihr Ende.

## Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Eigenbericht des „Lübecker Volksboten.“

C. B. Nürnberg, den 13. September.

Der diesjährige Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wurde am heutigen Sonntag abend feierlich eröffnet. Sonderwagen führten die Delegierten des Parteitages nach dem schönen Luitpoldbahn, in dessen Mitte sich die mächtige städtische Festhalle erhebt, in die der Maschinenaal der letzten Nürnberger Ausstellung verwandelt worden ist. Wenige Minuten nach Öffnung der Halle war der riesige Raum, der ganz in Glas und Eisen konstruiert ist, von 15 000 Parteigenossen Nürnbergs und Frankens gefüllt. Immer neue Scharen aber strömten herbei und schon lange Zeit vor der Eröffnung der Feier war der letzte Platz in dem Riefenbau vergeben. In der Mitte des Saales ist ein großes Podium aufgeschlagen. Auf ihm nimmt der Parteivorstand und der Ortsausschuß Platz. Schlag 7 Uhr begrüßte das Philharmonische Orchester die erwartungsvolle Menge mit dem Einzugsmarsch aus „Lambhäuser“. Dann trugen 900 Sängere der vereinigten Arbeiter-Gesangsvereine Nürnbergs unter Leitung des freudig begünstigten Komponisten Wendelin Weißheimer Georg Herweghs Deutsche Arbeitermarktschloß mit Kraft und Begeisterung vor. Stürmischer Beifall lohnte die mit ungeheurer Fleiß vorbereitete treffliche Wiedergabe, die Sängere und der Komponisten. Dann ergriff Genosse Landtagsabg. Dorn-Nürnberg als Vorsitzender der hiesigen Parteioption das Wort, um den Parteitag in Nürnberg willkommen zu heißen. Nürnberg sei eine Stätte vieler großer Kämpfe auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete für die Freiheit der Arbeit. In Nürnberg habe vor 40 Jahren der erste deutsche Klassenbewußte Arbeitertag stattgefunden, der dem Proletariat gezeigt hat, welche Wege es gehen muß, um sein Ziel zu erreichen. Seitdem haben viele Arbeitertagungen in Nürnberg stattgefunden, und daß sie nicht unfruchtbar gewesen sind, beweisen Ihnen unsere Fortschritte, beweist vielleicht nicht am wenigsten diese Versammlung. (Bravo!) Wenden wir zurück in die Vergangenheit, so können wir wohl stolz sein. 1871 zählten wir erst 350 Stimmen, 1907 haben wir, als die Sozialdemokratie niedergelassen werden sollte, mit 35 000 Stimmen glänzend gesiegt. (Bravo!) Von den sechs bayerischen Landtagsmandaten haben wir bei der letzten Wahl 5 erobert. So ist es auf allen Gebieten vorwärts gegangen. Die Geschichte der Nürnberger Arbeiterbewegung, die wir den Delegierten überreicht haben, legt Zeugnis ab von unseren Kämpfen und Fortschritten. Aber nicht nur Nürnbergs Arbeiterschaft, ganz Deutschland blickt gespannt auf diese Tagung. Der Parteitag hat die Verpflichtung, die Hoffnungen zu erfüllen, die auf ihn gesetzt worden sind, neue Anregungen zu geben zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen. In diesem Sinne heißen wir Sie in Nürnberg willkommen zu gemeinsamem Arbeit, zu gemeinsamem Schaffen. (Beifall.)

Da Bebel durch Krankheit in der Familie heute noch vom Parteitag ferngehalten ist, ergriff im Namen des Parteivorstandes Gen. Paul Singer (Nürnberg) begrüßt das Wort, um den Parteitag zu eröffnen. Er dankte den Nürnberger Parteigenossen für den feierlichen Empfang und die freundlichen Worte der Begrüßung. Genosse Dorn hat, so führte er aus, den Empfindungen Ausdruck gegeben, die heute die Herzen aller Parteigenossen bewegen. In gemeinsamer Arbeit wollen wir die auf verschiedenen Gebieten bestehenden Meinungsverschiedenheiten klären. Aber das will ich schon an dieser Stelle sagen, daß der Beschluß des Parteitages jedem Parteigenossen ein Heiligum, ein Evangelium sein muß. (Sturm. Beifall.) Nürnberg ist für unsere Partei ein klassischer Boden. Hier tagte der 5. Verbandstag deutscher Arbeitervereine unter dem Vorsitz Bebels und Gabriel Löwensteins, die beide noch rüstig und mit Eifer unserer Sache dienen, und mit Liebtnecht als Referenten. Was ihm den Stempel welthistorischer Bedeutung gab, war die Tatsache, daß er der Erkenntnis der Arbeiterklasse Ausdruck gab, daß es notwendig sei, proletarische Klassenpolitik zu treiben, losgelöst von allen bürgerlichen Parteien, in deren Schlepptau die Arbeiterklasse bis dahin gewesen war. (Sturm, langanhaltender Beifall.) Schon dieser Arbeitertag liebte es, durchgreifende Beschlüsse zu fassen und ging über den Protest der bürgerlichen Minderheit einfach zur Tagesordnung über. Zwar schied daraufhin die bürgerlichen Elemente aus, aber der Verband selbst wuchs rasch und kräftig und der Nürnberger Verbandstag wurde durch seine entschiedene Absage an alle bürgerlichen Parteien der Geburtsstag der deutschen Sozialdemokratie. (Sehr gut! Bravo!) Danken wir den amoch lebenden Teilnehmern des Nürnberger Arbeiterverbandstages von 1868, vor allem Bebel, Löwenstein, Stolle und Greulich, daß sie den proletarischen Grundgedanken treu die Partei geführt haben bis zu dem Tage, da wir mit freudigem Stolze bekennen durften, daß die Sozialdemokratie die stärkste politische Partei Deutschlands war. (Stürmischer, immer wiederholter Beifall.) Parteigenossen! Tage schwerer Arbeit liegen vor uns. Möge jeder Teilnehmer bei seinen Reden und Abstimmungen sich immer von dem Streben leiten lassen, die Partei zu schützen und zu fördern. Namentlich eine Frage wird uns ausgiebig beschäftigen. Möge auch sie in rein sachlicher Weise erledigt werden. (Bravo!) Das aber will ich heute schon hinzufügen, daß ich es als höchste Aufgabe des Parteitages betrachte, volle Klarheit zu schaffen und dafür zu sorgen, daß der unverbrüchliche Wille der Parteimehrheit beachtet werde. (Stürmischer, oft wiederholter Beifall.)

Darauf erklärte Singer den Parteitag für eröffnet. Auf Vorschlag von Wittl-München wurden zu Vorsitzenden des Parteitages Singer-Berlin und Dorn-Nürnberg gewählt.

Dann ergriff der 86jährige Senior der Nürnberger Sozialdemokraten Gabriel Löwenstein zu einer kurzen Begrüßungsrede das Wort. Auch er schilderte Verlauf und

Erfolg der Nürnberger Arbeitervereinstagung von 1868. Die Tagung bedeutete den grundlegenden Schritt zur Scheidung des Proletariats von der Bourgeoisie. Als ersten Programmsatz nahm er die Forderung auf: „Die Befreiung der arbeitenden Klassen kann nur das Werk der arbeitenden Klassen selber sein. (Sehr wahr!) Die Arbeiterklasse kämpft nicht für Klassenrechte und Monopole, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und die Abschaffung aller Klassenherrschaft.“ In unentwegtem Festhalten an diesen Prinzipien sind wir groß geworden. (Sehr wahr.) Unsere prinzipielle Haltung hat uns nicht gehindert, in der Gegenwart Erfolge für die Arbeiterklasse zu erzielen. Allen Fortschritt aber verdankt die deutsche Arbeiterklasse nur ihrem eigenen Klassenkampf und der deutschen Sozialdemokratie. (Beif. Sehr wahr!) Einig müssen die Proletarier Deutschlands und der ganzen Welt daran arbeiten, ihre unerrückbaren Ideale zum Siege zu führen. Einig müssen sie sein und alles vermeiden, was den Klassenkampf abschwächen könnte. (Bravo!) In dieser Hoffnung und Erwartung heiße auch ich als Parteialtester den Parteitag in Nürnberg herzlich willkommen. (Lebh. Beifall.)

Die weiteren geschäftlichen Verhandlungen wurden auf Montag vormittag 9 Uhr vertagt. Die wogende Menge von mehr als 20 000 Genossen erschwert zu sehr die Verständigung der Delegierten. Noch nie hat ein Parteitag ein solches Massenfest gesehen. — Vorträge des Arbeiterchors und des Orchesters hielten aber auch nach Schluß der Verhandlungen die Genossen noch lange in der Festhalle zusammen.

### Erster Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung.

C. B. Nürnberg, den 14. September 1908.

Kurz nach 9 Uhr eröffnete Vorf. Singer die Verhandlungen. Zunächst vollendet der Parteitag seine Konstituierung. Zu Schriftführern werden gewählt auf Vorschlag von Frank-Mannheim die Genossen Liepmann-Berlin, Pollender-Leipzig, Knieriem-München, Seemann-Stuttgart, Engler-Freiburg, Schütz-Breslau, Lech-Hamburg, Mielenz-Stettin und Genossin Baader-Berlin. In die Mandatsprüfungskommission werden auf Vorschlag von Sachse-Böckum gewählt Frau Fiech-Hamburg, Wolderstki-Berlin, Siedermann-Dresden, Jörn-Rüth, Leopold-Feig, Schadow-Köln, Schmidt-München, Link-Harlsruhe und Mehrlein-Breslau. Einer Anregung des Essener Parteitages folgend, wird eine besondere Beisprechungskommission gewählt. Dann genehmigt der Parteitag seine übliche Geschäftsordnung auch für diesen Parteitag und setzt seine Tagungszeit auf die Stunden von 9-1 und 3-7 fest. Es folgt die Festlegung der Tagesordnung. Anträge, die Genossenschaftsbewegung auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen, werden von Brückner-Berlin angeht die Geschäftsfrage zurückgezogen. Zur Budgetangelegenheit schlägt Vorf. Singer in Übereinstimmung mit vorliegenden Anträgen vor, sie als besonderen Punkt im Anschluß an den parlamentarischen Bericht zu behandeln, Bebel als Referenten zu bestellen und nach ihm einen bayrischen und badischen Abgeordneten das Wort mit unbeschränkter Redezeit zu geben. Parteivorstand und Kontrollkommission werden eine Resolution zu diesem Gegenstand vorlegen. Ein Antrag, die Frage einer Kommission von 15 Mitgliedern zu überweisen, möglichst aus Genossen, die sich noch nicht festgelegt haben (Weiterkeit) wird nicht genügend unterstützt, der Antrag Singer angenommen. Auch zur Frage der gegenwärtigen Kriegshege wird der Parteivorstand eine Resolution einbringen. Ein Antrag Magdeburg, die internationale Lage gesondert ausführlich zu behandeln, wird daher abgelehnt. Im Parteivorstandsbericht wird auch die Lokalfestfrage in einem besonderen Referat Eberts behandelt werden. Die Resolution ist zwischen Parteivorstand und Generalkommission vereinbart. Im übrigen wird die vom Parteivorstand vorgeschlagene Tagesordnung angenommen. Damit ist die Konstituierung des Parteitages vollendet.

Vorf. Singer begrüßt hierauf die ausländischen Gäste, die außerordentlich zahlreich erschienen sind. Die ausländischen Bruderparteien werden vertreten durch Duclch (Sozialdemokratische Föderation), Sanders (Independent Labour Party und Fabian Society), Winarsky, Schumierer und Frau Jopp-Wien (Österreich), David-Wien (Niederösterreich), Hunsman-Brisel, der Sekretär der Internationale (zugleich für Belgien), Mohr-Basel für die Schweiz und Schönberg für den allgemeinen jüdischen Arbeiterbund. Singer heißt alle auswärtigen Freunde herzlich willkommen. Die deutsche Sozialdemokratie fühle sich als dienendes Glied der Internationale, aber auch mit Stolz als mitwirkendes und wichtiges Glied. Sie werde sich ihrer internationalen Pflichten stets bewußt sein. (Bravo!)

Die englische Begrüßungsansprache des Genossen Harry Duclch wird von Ledebour überlegt. Ledebour erinnert zunächst an Duclchs denkwürdige Ausweisung aus Stuttgart. Gerade deshalb habe es Duclch für seine Pflicht gehalten, möglichst bald wieder die deutsche Bruderpartei zu besuchen. (Bravo!) Er wolle sich nicht in die inneren Differenzen der Partei einmischen, in diese Schwierigkeiten, die jede Partei von Zeit zu Zeit durchmachen müsse, sondern die großen gemeinsamen Gesichtspunkte betonen. Die Sicherung des internationalen Friedens sei stets das Ziel der Sozialdemokratie aller Länder gemein. Auch in Zukunft werde die englische Sozialdemokratie alle ihre Kraft aufbieten, um internationale Konflikte im Reim zu ersticken. Alle Völker wünschen den Frieden. Aber auch das englische Volk entscheidet nicht selbständig über seine auswärtige Politik, es wird von den Kabinetten in Unkenntnis gehalten und getäuscht. In allen Ländern arbeiten die Kriegsinteressenten auf den Ausbruch blutiger Kämpfe hin. Die sozialdemokratische Partei Englands hat leider ohne Erfolg gegen den unglücklichen törichten Burenkrieg mit aller Kraft angekämpft. Sie ist auch jetzt mit Aufgebot aller Energie der Kriegshege entgegengetreten. Sie hat protestiert gegen den englischen Flottenbesuch in Kronstadt, weil sie darin eine Demonstration gegen Deutschland erblickte (Bravo!) Sie hat protestiert gegen den Besuch König Eduards in Reval, nicht nur, weil sie auch darin einen Teil der antideutschen Mächenschaften der Diplomatie erblickte, sondern auch weil sie nicht wollte, daß sich der Vertreter des englischen Volkes so weit erniedrigte, die Hände des Zaren zu drücken, die noch vom Blute des eigenen Volkes trocken. (Sehr gut!) Erst wenn nicht mehr geheime Abmachungen der Diplomaten, sondern der freie Wille des aufgeklärten Volkes die Geschichte der Völker bestimmt, wird der internationale Frieden gesichert sein. (Lebh. Beifall.)

Sanders-London überbringt die Grüße der Labour Party, Independent Labour Party und Fabian Society und die Glückwünsche zu dem schönen Sieg bei den preußischen Landtagswahlen. Die englische Arbeiterpartei sei voll aufrichtiger Bewunderung und Dankbarkeit für die unaufhörlich amwachsende deutsche Sozialdemokratie. Möge dieser Parteitag, schließt der Redner, nicht nur die deutsche Sozialdemokratie kräftig fördern, sondern auch dem internationalen Frieden und der Eintracht der Völker dienen. (Lebhafter Beifall.)

Winarsky-Wien: Wir haben schon vor 40 Jahren gemeinsam mit den deutschen Arbeitern hier auf dem Nürnberger Verbandstage proletarische Politik getrieben. Seitdem haben wir mit ständiger Hochachtung den Aufstieg der Klassenbewußten deutschen Arbeiterklasse verfolgt. Auch dieser Parteitag wird die Hoffnungen der Segner enttäuschen und einen neuen Beweis für die innere Kraft der Partei liefern. Mit besonderem Interesse verfolgen wir die Frage der Jugendorganisation. (Bravo!) Wir haben schon seit Jahren die Partei trefflich geleitet. Möge der Parteitag auch diese Frage für Deutschland glücklich lösen. Ich fasse meine Wünsche zusammen in unseren alten Schlußruf: „Gott die internationale revolutionäre Sozialdemokratie!“ (Lebh. Beifall.)

Hunsman-Belgien berichtet über die Hauptereignisse der belgischen Politik im letzten Jahre, die erfolgreichen Wahlen und die Übernahme des Kongostaates, für die der mehr verlebte als beliebte König Leopold ein Trinkgeld von 54 Millionen nahm. (Weiterkeit.) Zugleich enthielt sich ein abseufendes Bild der internationalen Korruption. (Sehr wahr!) Belgien ist dadurch noch militärischer geworden. Aber die belgische Sozialdemokratie wird nicht nachlassen im Kampfe gegen diesen festesten Pfeiler des Kapitalismus. (Beifall.)

Genossin Schönberg, die Delegierte des jüdischen Arbeiterbundes für Polen, Rußland und Litauen schildert das Wüten der Reaktion in Rußland und das Loben der „Schwarzen Hundert“ besonders gegen die jüdischen Proletarier. Hoffentlich sei der Tag nicht mehr fern, an dem die Revolution neugefördert, wie der Riese Antaeus, sich wieder vom Boden erheben werde. (Beifall.)

Vorsitzender Singer teilt Glückwunschschriften der dänischen und der russischen Sozialdemokratie und vielen deutschen Parteioptionen mit. Er dankt für die vielen freundlichen Worte namens des Parteitages von Herzen.

Damit tritt der Parteitag in seine Tagesordnung ein. Den Geschäftsbericht des Parteivorstandes erstattet zum Punkte Aligemeines

Parteisekretär Müller-Berlin: Er beschränkt sich unter Hinweis auf den ausführlichen gedruckten Bericht und Ergänzungen für die Zeit nach dem 30. Juni. Die Zahl der Organisierten ist um 10 Prozent gestiegen, angeht die Krise ein bedeutender Fortschritt. An der Spitze der Organisationen steht Leipzig-Land (41,7 Prozent der Reichstagswähler), es folgen Hannover mit 39 und Nürnberg und Erlangen mit 37 Prozent der Reichstagswähler. Redner gibt auch statistische Zahlen über die absolute Stärke der Parteioptionen, um für die Anträge auf Proportionalvertretung eine sachliche Unterlage zu gewinnen. Gegen das Reichvereinsgesetz hat der Parteivorstand in Verbindung mit der Generalkommission von vornherein die lebhafteste Agitation eingeleitet. Am stärksten war natürlich der Widerspruch in dem schon mehr an Vereinlichkeit gewohnten Süddeutschland und in den gemischtsprachigen Bezirken. In Preußen und Sachsen litt die Gegenagitation unter der gleichzeitigen Wahlrechtsbewegung. In der Praxis hat die Partei bisher mit dem neuen Reichvereinsgesetz die schlechtesten Erfahrungen gemacht. (Sehr wahr!) Selbst in großen Städten wie Breslau und Magdeburg haben die Behörden unter Berufung auf veraltete Gerichtsentscheidungen die Wahlvereinsversammlungen unter polizeiliche Überwachung zu stellen versucht. Es wird eine wichtige Aufgabe der Partei sein, die Ausführung des Vereinsgesetzes zu überwachen und die Regierungen an ihre Verpflichtungen zu erinnern. Die Organisation der Land- und Waldarbeiter soll nun mit Hilfe eines besonderen Verbandes und eines eigenen Organs energisch in Angriff genommen werden. Der Parteivorstand glaubte in Übereinstimmung mit der Generalkommission, daß es für die Erfüllung der Aufgabe höchste Zeit ist. Insbesondere bei den preußischen Landtagswahlen haben Partei und Gewerkschaften enge Fühlung gehalten. Auch die Parteischnle werden die Gewerkschaften künftig beschicken. Die Generalkommission der Gewerkschaften hat diese Frage an die einzelnen Gewerkschaften verwiesen und schon mehrere haben darum nachgehakt, Mitglieder zu den Kursen der Parteischnle senden zu dürfen. Die einzelnen Wahlkreise, die Schüler entsenden, sollen die Familienunterstützung selbstständig regeln, da sie dazu besser geeignet sind als die Zentralkasse. Die hohen Kosten der Parteischnle — 60 000 Mk. — können nach den bisherigen Erfahrungen nicht im mindesten dazu veranlassen, sie eingeben zu lassen. (Sehr wahr!) Das bisher beigebrachte kritische Material kann die Leistungen der Parteischnle nicht herabsetzen. (Sehr wahr!) Sie soll keine Agitatorenrichtschule sein wie München-Gladbach oder die Rednerschnle des Reichsverbandes, die ja nur das Jesuitische von München-Gladbach ins Evangelische überlegt. Die Jüglinge der Parteischnle sollen nur lernen, wie man arbeitet, wie man an die wissenschaftlichen Probleme des Marxismus herangeht. Die Methode des Arbeitens und Denkens, das ist, was sie lernen sollen. Wenn in den letzten Diskussionen über die Parteischnle gesagt worden ist, es würden in den Schülern falsche Hoffnungen erweckt, so ist das ganz falsch. Tatsächlich aber haben schon 2/3 der Parteischnler feste Anstellungen in Partei und Gewerkschaften gefunden. Das neugegründete Preßbureau hat in der kurzen Zeit seiner Tätigkeit seine Notwendigkeit bewiesen. Die Nachrichten werden reichlich ausgenutzt, namentlich von der kleineren Parteipresse. Neueingeführt sind auch die Preßrevoren für die geschäftliche Kontrolle der Parteipresse. Die Hauptereignisse des politischen Kampfes waren im letzten Jahre Wahlrechtskampf und Landtagswahl. Die Wahlen haben namentlich in Berlin gezeigt, was die intensive Kleinarbeit Klassenbewußter Genossen erreichen kann. Berlin allein hat diesmal mehr Stimmen aufgebracht als bei der vorigen Landtagswahl ganz Preußen. (Hört, hört! Bravo!) Natürlich darf die Landtagswahl uns nur als Anregung für die weitere Wahlrechtsbewegung sein. Auch andere große Aufgaben hat die Partei zu erfüllen, ich erinnere nur an die bevorstehenden Kämpfe um die Gewerbeordnungsnovelle und die Reichsfinanzreform. Ein Jahr neuer intensiver Arbeit steht uns bevor. (Beifall.)

Weiter erörtert der Redner die Frage der Frauenorganisation und Jugendorganisation. Die Frauenorganisation soll nur ein Provisorium sein bis zu der vielleicht schon im nächsten Jahre stattfindenden allgemeinen Revision des Organisationsstatuts. Die Frauen hatten sich in ihrer losen Organisationsform so gut zusammengefügt, daß sie auf die reaktionären Bestimmungen einfach pfeifen konnten. Sollten die Frauen unter diesem Provisorium nicht genügend zu ihrem Rechte kommen, so können später immer noch weitergehende politische Frauenschußbestimmungen angenommen werden. Die Wahl der Frauen-Beisitzerin im Parteivorstand bleibt natürlich dem Parteitag vorbehalten, alle prinzipiellen Entscheidungen auch in Frauenfragen dem Parteivorstand. Die Frauenkonferenzen sollen wegen ihres hohen agitatorischen Wertes auch in Zukunft bestehen bleiben.

Die Frage der Jugendorganisation ganz in eine Kommission zu verweisen, liegt kein Grund vor, wenn auch schließlich eine Kommission die Beschlüsse formulieren muß. Die deutschen Jugendorganisationen sind nicht eine Gründung von Partei oder Gewerkschaften. Die Partei hat

sch nicht für Ihre Organisationsform festgelegt, und auch kein internationaler Kongress hat eine bestimmte Form der Jugendorganisation vorgeschrieben. Die Sympathie-Resolution, die der Mannheimer Parteitag für die Jugendlichen annahm, war faktisch unvollständig und mindestens unter dem preussischen Vereinsgesetz gänzlich unausführbar. Die Gewerkschaftler haben von allen ihren Vereinen und Beschlüssen in der Jugendlichenfrage den Parteivorstand vollkommen informiert; öffentlich Bericht zu erstatten über alle Einzelheiten der Vorstandskonferenzen, das ist faktisch unmöglich. Ich stelle weiter fest, daß der Parteivorstand den Vorschlägen der Generalkommission, mit denen er sachlich übereinstimmte, erst zugestimmt hat nach Annahme des Reichvereinsgesetzes. Das geschlossene Übereinkommen ist bei der ersten Gelegenheit veröffentlicht worden. Der Vorwurf der „Leipziger Volkszeitung“, der Parteivorstand habe hinter dem Berge gehalten, ist nur dadurch erklärlich, daß selbst die Redaktionen unserer großen Parteiblätter so schwach besetzt sind, daß sie manches nicht lesen können. Hat doch selbst die Redaktion der „W.“ im vorigen Jahre wochenlang einen akademisch gebildeten Redakteur gesucht, nicht nur, wie man gelagt hat, damit Gen. Dr. Leusch einen satisfaktionsfähigen Kollegen bekommt (Dr. Stft.), sondern aus sachlichen Gründen. Als das Reichvereinsgesetz angenommen war, sah die „Junge Garde“ ein, daß es unmöglich sei, ihre Aufklärungsarbeit fortzusetzen. Da zog sie die einzig richtige Konsequenz und löste sich auf. Das war keine Preisgabe des Organisationsrechts, sondern eine selbstverständliche Ablehnung der Zustimmung, die proletarische Aufklärungsarbeit einzustellen. Und das ist doch selbstverständlich: Unser Verantwortlichkeitsgefühl wäre sehr mangelhaft, wenn wir junge Leute von 14-18 Jahren in einen Kampf mit der Polizei hineinziehen wollten. (Sehr wahr!) Vielfache Mißverständnisse haben das Urteil über die Vereinbarung zwischen Partei und Gewerkschaften getrübt. Nirgends sollen die gewerkschaftlichen Fachabteilungen die politisch-proletarische Aufklärung der Jugend ersehen. Zur Pflege des Klassenbewußtseins ist die einheitliche Zusammenfassung der jungen Leute aller Berufe in einem Orte unumgänglich. (Sehr wahr!) Wir müssen aber nach dem geltenden Recht die Jugend absolut vom politischen Tageskampf fernhalten. Wollen wir die Jugend im Sinne unserer Weltanschauung weiterbilden, so müssen wir sie an gänzlich unpolitische Bildungsvereine angliedern. In erster Linie wird es das gelten, die Lücken auszufüllen, die die Schulbildung des Klassenkates läßt. Könnte doch heute über jeder Volksschule stehen: Jesum lieb haben ist mehr als alles Wissen. (Weiterheit.) Die Form der Jugendorganisation ist Gegenstand der lebhaftesten Diskussion gewesen. Niemand denkt daran, die Jugend zu schuimeistern. (Sehr wahr und Widerspruch.) Ich habe in der Parteipresse sogar lesen müssen, daß wir den Jugendlichen weniger Freiheit lassen wollten als selbst die katholischen Jugendorganisationen. Das ist natürlich bis zur Lächerlichkeit übertrieben. Man hat gesagt, die Organisation selbst sei in ihrer Selbstständigkeit das beste Erziehungsmittel. Auch da, glaube ich, ist doch mehr der Geist der Organisation entscheidend als die Form. Im übrigen denken wir gar nicht daran, Selbständigkeit und Selbstverwaltung der Jugendlichen auszusprechen. Aber die Erziehung geht auch Erzieher voraus! Dazu gebrauchen wir allerdings Männer von Takt und pädagogischem Talent, deren wir vorläufig noch viel zu wenig haben. (Sehr wahr!) Aber während wir stritten, hat Hamburg das Problem praktisch längst gelöst. Auch dort ist den Jugendlichen größtmögliche Bewegungsfreiheit gegeben, und Robert Schmidt hat das auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress selbst schon betont. Das einzige, was wir nicht wollen, das ist eine autonome Jugendorganisation; wir wollen die Jugendorganisation nur im Zusammenhang mit der ganzen Arbeiterbewegung. Diese kann nur hergestellt werden durch unpolitische Bildungsvereine. Selbstverständlich haben die Jugendlichen unter 18 Jahren, soweit sie organisationsfähig sind, sich auch der Gewerkschaftsbewegung anzuschließen. Daneben müssen wir natürlich auf anderen Wegen auch die politische Aufklärung der Jugendlichen fördern. Hauptmittel dazu wird die neuzugründende Jugendzeitung sein, für deren Verbreitung überall Komitees (aus Erwachsenen) gebildet werden sollen. Auch die Jugend muß aufgeklärt werden über Kapitalismus und Militarismus. Eine ungeheure Aufgabe steht noch vor uns in der Organisation der Jugendlichen. Die konfessionellen Verbände sind uns weit voraus. Gemeinsam nur können Partei und Gewerkschaften das große Werk vollenden. (Beifall.)

Über die Lokallistenfrage spricht Parteisekretär Gbert: Dank den Bemühungen des Parteivorstandes sind 5000 Lokallisten zu den Zentralverbänden übergetreten. Wie groß der Rest bei der freien Vereinigung noch ist, darüber kann ich nichts sagen; ihre Angaben darüber sind nur mit großer Vorsicht aufzunehmen. Für den gewerkschaftlichen Kampf kommen sie nirgends mehr in Betracht. Politisch sind sie lange Zeit zwischen Sozialismus und Anarchismus hin- und hergependelt, schließlich haben sie sich ganz dem Syndikalismus in die Arme geworfen. Aber ihre angebliche politische Neutralität ist nur erbärmliches Versteckspiel. In Wahrheit bekämpfen sie in perfider gemeiner Weise die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften. Gegen diese Elemente müssen wir eine strenge Schmelzlinie ziehen. Jede Tätigkeit für die der freien Vereinigung angehörenden Gewerkschaften ist mit der Parteizugehörigkeit unvereinbar. Das gleiche gilt für den wiesenthalischen Allgemeinen Metallarbeiter-Verband. (Allgem. Beifall.) Den Solinger Streit bitte ich aus der Debatte zu lassen, da Einigungsverhandlungen schweben. Wir haben den einmütigen und dringenden Wunsch, daß auch dieser alte Bruderzwist beilegt wird. (Lebhafter Beifall.)

Den Bericht des Bildungsanschlusses gibt sein Sekretär Heinrich Schulz-Berlin: Vor 40 Jahren tobte hier in Nürnberg der Kampf zwischen bürgerlicher Bildungsbücherei, die Wesel später jagt, und dem proletarischen Klasseninstinkt, der nach politischer Bildung drängte. Der Nürnberger Verbandstag bedeutete den Bruch mit den bürgerlichen Bildungsaposteln. In der Tat kann sich die Arbeiterklasse nicht freimachen durch die breiten Beihilfen der bürgerlichen Wissenschaft, sondern nur durch den entschiedenen Klassenkampf. Damit verzichteten wir nicht auf die Bildungsarbeit, aber wir machten sie zum Hilfsmittel des Klassenkampfes. Je breiter die Partei wurde, desto notwendiger wurde es für sie, auch in die Tiefe zu arbeiten. So hat sie die Bildungsarbeit vor zwei Jahren intensiver und nach neuer Methode in Angriff genommen. Redner schildert dann die Stellung der Parteischule als theoretische Lehranstalt im Rahmen der ganzen Bildungsbestrebungen, die Wandertour, den Kampf gegen die Schundliteratur — die Parteipresse soll zu Weisheiten noch einmal darauf aufmerksam gemacht werden, keine schlechten Bücher für die Jugend anzugehen und gegen die Eherliche Emporleiter soll ein Flugblatt verbreitet werden — und die Bibliothekstatute. Edelmann habe statt der Bildungsarbeit von oben herab bürgerliche Bildungsarbeit verlangt. Der Bildungsanschlusses wolle nicht Bildung von oben herab, sondern von unten herab. Bayerische und bayerische Differenz

schafft lehre er allerdings nicht, wohl aber die gemeinsamen Grundlagen des Klassenkampfes. Er hält sich überall gern zurück, wo seine Anregung nicht gewünscht wird. Maurenbrecher hat in seinem Begrüßungsartikel über „Arbeiterbildung“ zum Parteitag geradezu groteske Anschauungen entwickelt. Nach seiner Auffassung braucht nicht die „Masse“, sondern nur der „Lehrer“ Theorie. Das ist eine ganz unsozialdemokratische Arroganz. (Sehr wahr!) Nur wer die Theorie beherrscht, kann in den tausend vorhandenen Fragen der Praxis den richtigen Weg finden. Nur die Theorie ist der Kompaß in der Kleinarbeit, sonst herrschen die opportunistischen Ermüdungen. (Sehr wahr!) Das ist die alte bürgerliche Auffassung, daß die „Masse“ geleitet und geschoben werden muß von der „Intelligenz“. Aber schon vor 40 Jahren hat hier in Nürnberg die deutsche Arbeiterklasse sich selbst für mündig erklärt und der bürgerlichen „Lehrerin“ der „Masse“ den Laufpaß gegeben. Auf eigenen Füßen ist die proletarische Masse von Erfolg zu Erfolg geschritten und sie wird sich nicht wieder an das bürgerliche Gängelband nehmen lassen. (Sturm, Beifall.)

Zum Vorstandsbericht liegen seitens des Parteivorstandes und der Kontrollkommission folgende Resolutionen vor: Zur Frauennorganisation. 1. Jede Genossin ist verpflichtet, der sozialdemokratischen Parteiorganisation ihres Ortes beizutreten. Politische Sonderorganisationen der Frauen sind nicht gestattet, über das Fortleben besonderer Frauenbildungsvereine entscheiden die Genossen und Genossinnen der einzelnen Orte. Die Mitgliedschaft in solchen Vereinen hebt jedoch die Genossinnen nicht der Verpflichtung, den sozialdemokratischen Parteiorganisationen anzugehören. 2. Unabhängig von den Vereinsabenden der Männer sind für die weiblichen Mitglieder Zusammenkünfte einzurichten, welche ihrer theoretischen und praktischen Schulung dienen. 3. Die Festsetzung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bleiben den einzelnen Organisationen überlassen. Empfehlenswert ist, die Beiträge für die weiblichen Mitglieder niedriger zu bemessen wie für die männlichen. 4. Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis zu ihrer Zahl im Vorstand zu vertreten. 5. Den weiblichen Mitgliedern des Vorstandes liegt es ob, die notwendige Agitation unter dem weiblichen Proletariat im Einvernehmen mit dem Gesamtvorstand und unter Mitwirkung der tätigen Genossinnen zu betreiben. 6. Solange betreffs der Beschickung des Parteitag durch die Parteiorganisationen noch das gegenwärtige Provisorium gilt, bleiben auch für die Delegation der Genossinnen die jetzigen Bestimmungen des Parteistatuts in Kraft. Das Zentralbureau der Genossinnen bleibt bestehen. Die Vertreterin der Genossinnen darin wird dem Parteivorstand angegliedert.

Zur Jugendorganisation. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie protestiert gegen die von der Blockmehrheit des Reichstags beantragte und beschlossene politische Entrechtung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, die den rückständigen Reichvereinsgesetzentwurf des Bundesrats noch reaktionärer gestaltet hat. — Der Parteitag hält daran fest, daß die Förderung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere Einführung in die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit eine wichtige Aufgabe im Emanzipationskampf der Arbeiterklasse ist. — Zur Lösung dieser Aufgabe verpflichtet der Parteitag die Organisationen, Vorzüge zu treffen, damit die Arbeiterjugend im Sinne unserer sozialistischen Weltanschauung für den Klassenkampf erzogen wird. — Um dieses Ziel zu erreichen, sind Vorträge zu veranstalten, die der Erkenntnis der Jugend angepaßt sind und vor allem die Erörterung der Naturwissenschaft, Gesundheitspflege, Literatur, Kunst, Technik, Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft, Geschichte, Politik und gewerkschaftliche Tätigkeit umfassen. Daneben ist durch Veranstaltungen ernsten und heiteren Inhalts Unterhaltung und Geselligkeit zu pflegen und durch Sport und Spiel der Jugend Gelegenheit zur Sammlung zu geben. — Damit diese Zwecke auch ohne besondere Jugendorganisation erreicht werden können, sind in den einzelnen Orten „Kommissionen für die Jugendagitation“ zu bilden. — Die Kommissionen für die Jugendagitation werden aus Vertretern der örtlichen Parteiorganisationen und der Gewerkschafts-funktionäre unter Hinzuziehung von Vertretern der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen gebildet. Zur Förderung der Agitation unter den jugendlichen Arbeiterinnen soll unter den Vertretern der Parteiorganisation mindestens eine Genossin sein. — Die Teilnahme an den Vorträgen und, soweit es möglich ist, auch an den anderen Veranstaltungen, soll den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen unentgeltlich gewährt werden.

Zur Frage der Lokallisten: Der Parteitag begrüßt den in Folge der Einigungsverhandlungen erfolgten Übertritt der „lokalistischen“ Vereine in die Zentralverbände. — Die Vereine, die trotz der geführten Verhandlungen bei der freien Vereinigung geblieben sind, haben durch ihr Verhalten befunden, daß sie entgegen den Beschlüssen der Parteitage und des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart die dringend gebotene einheitliche Organisation des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse nicht wollen. Die freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften hat sich auch in offenen Gegensatz zur Partei gestellt, indem sie unter Anerkennung an die anarcho-syndikalistischen Bestrebungen die Sozialdemokratie gänzlich bekämpft und schmätzt.

Nachdem weiter die Einigungsverhandlungen mit dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband, dessen im Gegensatz zur Lübecker Resolution erfolgte Gründung schon vom Mannheimer Parteitag als schwere Schädigung der Arbeiterbewegung bezeichnet worden ist, zu keinem Ergebnis geführt haben, erklärt der Parteitag:

Jede Mitarbeit von Parteigenossen in den mit der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbundenen Vereinen sowie in dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband ist unvereinbar mit den Grundsätzen und Interessen der Sozialdemokratie. Die Fortsetzung der Berichterstattung und die Diskussion wird auf nachmittags vertagt.

### Soziales und Parteileben.

Das neue Vereinsrecht in der Verwaltungspraxis. Bekanntlich wurde die erste Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Breslau, die unter dem neuen Vereinsgesetz stattfand, polizeilich überwacht und polizeilich aufgelöst, als der Vorsitzende, Parteisekretär Neutirch, die Beamten zum Verlassen des Lokals aufforderte. Auf die erhobene Beschwerde hin wurde die Auflösung nicht nur vom Polizeipräsidenten gebilligt, sondern Genosse Neutirch erhielt auch noch einen Strafbefehl über 60 Mark. Eine Übertretung des Vereinsgesetzes sollte insofern vorliegen, als es sich um eine öffentliche Versammlung gehandelt haben sollte. In der Hauptsache begründete die Polizei diese Annahme damit, daß etwa 100 Frauen an der Versammlung teilgenommen hätten. Auf den gegen den Strafbefehl erhobenen Einspruch wurde Neutirch auf Antrag des Amts-anwalts freigesprochen, da jene Frauen bereits Mitglieder des Vereins waren, doch ist mittlerweile von der Anklagebehörde gegen das von ihr selbst beantragte Urteil Berufung eingelegt worden und steht die erneute Entscheidung noch aus. Aus Anlaß der Versammlungsauflösung hat Genosse

Neutirch seinerseits ein Verwaltungsstreitverfahren gegen den Polizeipräsidenten eingeleitet und stand nunmehr Termin vor dem Breslauer Bezirks-Ausschuß an. Hier ist dem Neutirch zwar geglaubt worden, daß die Frauen dem Sozialdemokratischen Verein bereits als Mitglieder beigetreten waren, trotzdem aber wurde auf Abweisung der Klage erkannt. Dabei stellte sich der Bezirksauschuß auf den Standpunkt, die Bestimmungen des alten Statuts über die Aufnahme von Mitgliedern können sich naturgemäß nur auf Männer bezogen haben. Es hätte also erst eine Änderung der Statuten vorgenommen werden müssen, bevor Frauen als Mitglieder aufgenommen werden konnten. Eine solche Änderung aber hätte nur von einer Generalversammlung vorgenommen werden können; eine gewöhnliche Mitgliederversammlung hätte nicht das Recht gehabt, die Aufnahme der Frauen zu beschließen. Es sei nicht ohne weiteres anzunehmen, daß nach dem neuen Vereinsgesetz auch Frauen jederzeit das Recht gehabt hätten, dem Verein beizutreten, denn es gebe viele Vereine, die nur Männer aufnehmen, wie es ja auch Vereine gebe, in denen nur Frauen Mitglieder werden könnten. Jedenfalls sei eine vorherige Statutenänderung erforderlich gewesen, mindestens hätte man dem Polizeipräsidenten von der Aufnahme von Frauen Mitteilung machen müssen. Da diesem nicht bekannt gewesen sei, daß die Frauen Mitglieder seien, habe er annehmen müssen, daß es sich um Gäste handle und schon dadurch rechtfertige sich die Auflösung. Der Bezirksauschuß sei aber der Ansicht, daß die Frauen zur Zeit der Versammlung die Mitgliedschaft rechtmäßig noch nicht erworben hätten, und daß demnach die Versammlung einen öffentlichen Charakter gehabt habe. Jetzt wird das Oberverwaltungsgericht sich noch mit der Sache zu beschäftigen haben.

Boykottfänger in Sachsen freigesprochen. Die Arbeiter Böhme und Menzel in Königsbrück bei Dresden waren vor einiger Zeit vom Schöffengericht zu je 30 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil sie vor einem von Partei und Gewerkschaft boykottierten Lokale auf und ab gegangen waren, und eine Anzahl Leute durch Ansprachen „belästigt“ haben sollten. Das Urteil war selbst für sächsische Verhältnisse auf dem Gebiete der Boykottspraxis ein sehr verwunderliches. Es wurde Berufung eingelegt und das Landgericht Bautzen sprach beide Angeklagte frei. Es wurde festgestellt, daß der diensthabende Wachtmeister seine Angaben, die zur Anzeige führten, von dem Wirt des Lokals erhalten hatte.

Die Lehrlinge und der Streik. In der Steingutfabrik in Neufornowitz bei Weissen streikten die Dreher. Vor einigen Tagen wurden nun sämtliche Lehrlinge im Kontor vorstellig mit der Begründung, daß sie etwas lernen wollten, aber von den Hilfsarbeitern, die noch im Betriebe tätig sind, nichts lernen könnten, da diese selbst nur Teilarbeit verrichten können. Die Betriebsleiter waren über diese „Unbotmäßigkeit“ der Lehrlinge, hinter der sie wohl mit Recht einen Sympathiebeweis für die Streikenden erblickten, so erbost, daß sie zwei der Wortführer ohrfeigten und sie wieder an die Arbeit jagten.

Tarifbrüchige Unternehmer. In Bamberg haben die Mitglieder der Malermeister-Innung den im Frühjahr in Berlin vereinbarten allgemeinen Tarif insofern durchbrochen, daß sie verlangen, die Arbeitszeit solle um 6 Uhr, statt wie der Tarif vorschreibt, um 7 Uhr beginnen. Ein Schiedsgericht verließ resultatlos, ebenso die Anrufung des Gewerbegerichts. Zuerst erschienen die Vertreter der Innung gar nicht; erst als der Vorsitzende mit Zwangsmassregeln drohte, fanden sie sich ein, ließen sich aber nicht in Verhandlungen ein. Die Arbeiter nehmen vorläufig eine abwartende Stellung ein, doch wolle einwirken von diesen Verhältnissen Notiz genommen werden.

Weiters über rote Schleifen. Bei einem Begräbnis in Lemsdorf bei Magdeburg wurden auch zwei Kränze mit roten Schleifen im Leichenzuge getragen. Vor dem Niederlegen der Kränze auf dem Grabhügel wurden jedoch die Schleifen entfernt. Ein Gendameriemachtmittel hatte aber trotzdem Anzeige erstattet, und einer der Kranzträger erhielt ein Strafmandat über 9 Mark wegen Verletzung einer Polizeiverordnung. Auf erhobenen Einspruch hin sprach das Schöffengericht Magdeburg den Angeklagten frei. Die betreffende Polizeiverordnung verbietet zwar das Anbringen von roten Schleifen, aber nicht das Tragen von Kränzen mit roten Schleifen.

### Aus dem Gerichtssaal.

Schmerzlose polizeiliche Ohrfeigen. Vor der Ferienstrafkammer des gemeinschaftlichen Landgerichts Gera hatte sich der 56 Jahre alte Kriminalwachmeister Studel wegen Vergehens gegen die §§. 340 und 223 zu verantworten. Studel, der erst vor wenigen Wochen einem Arbeiter zu einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten verurteilt hatte, hatte bei einer polizeilichen Vernehmung einem Angeeschuldigten, der ihn beleidigt hatte, einen Schlag ins Gesicht versetzt, nach seiner eigenen und der Aussagen zweier als Zeugen geladener Schutzleute einen leichten Klaps, nach der eideschwurigen Aussage des Geschlagenen aber eine derartige Ohrfeige, daß er noch am anderen Tage Schmerzen hatte und nicht essen konnte. Nach dem Schlage hat Studel die Vernehmung weiter fortgesetzt. Der Staatsanwalt hielt Körperverletzung in Ausübung des Amtes für vorliegend und beantragte unter Annahme milderer Umstände — 30 Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf Einstellung des Verfahrens. Der Angeklagte habe nicht den Willen gehabt, den Angeeschuldigten schmerzhaft zu verletzen und habe die ihm zugefügte Beleidigung erwidert. Da aber kein Strafantrag wegen Beleidigung vorliege, sei das Verfahren einzustellen. Die Staatskasse habe die Kosten zu tragen. — Nach dieser juristischen Logik hätte somit auch ein Arrestant das Recht, eine beleidigende Bemerkung des Polizisten oder Gendarmen mit der sofortigen Verabreichung einer Ohrfeige auszugleichen. Raten möchten wir es freilich niemand, weil das Gericht schließlich wieder zu einer andern Auffassung kommen könnte. Schmerzlose Ohrfeigen gab es bisher nur in der Spruchpraxis der Militärgerichte, jetzt teilt auch die Polizei schmerzlose Ohrfeigen aus.

### Briefkasten.

Ein Nichtwissender. Eine rechtliche Verpflichtung, derartige Geschenke zurückzugeben, besteht nicht. Wenn sich Verliebte oder Verlobte, die sich später entzweien, gegenfertig gemachte Geschenke zurücksenden, so kann das nur freiwillig geschehen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.  
Verleger: Th. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wirt-tätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

# Inserate